Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 70 Pfg., bei lokalen Anzeigen 50 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 7.00 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 241 | **Freitag, den 14. Oktober 1921** | **49. Jahrgang**

Eine Landtagskundgebung gegen die Vergewaltigung Deutschlands.

Präsident Leinert eröffnet die Donnerstag-Sitzung des preußischen Landtags mit einer Erklärung über Oberschlesien. Der Präsident führte aus: Im Auftrage der Mehrheit des Landtages (Die Mitglieder des Hauses erheben sich von ihren Sitzen, nur die Unabhängigen und Kommunisten bleiben sitzen!) mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten habe ich die folgenden Erklärungen abzugeben: Vom Sitze des Völkerbundes ist zu uns die erschütternde Nachricht gekommen, daß über das Schicksal Oberschlesiens Vorschläge unterbreitet wurden, die eine Zerreißung des schwer leidenden Oberschlesiens bedeuten. Nach den Versailler Friedensverhandlungen ist die Entscheidung der in Oberschlesien geborenen Bevölkerung überlassen. (Zurufe der Kommunisten: Nicht wahr!) Diese hat sich mit großer Mehrheit für das Verbleiben beim Deutschen Reiche ausgesprochen, mit dem sie mehr als 750 Jahre verbunden und dem allein sie den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg verdankt. Polen kann keinerlei Rechtsansprüche geltend machen. Trotzdem soll ein erheblicher Teil des Industriegebietes Polen überlassen werden, obgleich Industrie, Handel und Gewerbe von Deutschland aufgebaut ist und auch die Arbeiterschaft deutschen Führern (Großer Lärm bei den Kommunisten und Unabhängigen.) den Aufstieg zu geistiger und wirtschaftlicher Höhe verdanken und sich alle maßgebenden Sachverständigen des In- und Auslandes für die Unteilbarkeit Oberschlesiens als unbedingte Voraussetzung des wirtschaftlichen Gedeihens des Landes ausgesprochen haben. Die Abstimmung am 20. März wurde unter schlimmstem Terror polnischer Nationalisten (Große Unruhe und Zwischenrufe links. Gegenkundgebungen rechts.) mit schweren Bedrohungen der deutsch stimmenden Bevölkerung vorgenommen. Wenn bei dieser Sachlage sich nur eine Minderheit des oberschlesischen Volkes für Polen entschieden hat, so beweist gerade diese Tatsache den deutschen Charakter des oberschlesischen Volkes, aber auch die Minderheit, die für Polen stimmte, hat nicht gewollt, daß Oberschlesien aufgeteilt und seine wirtschaftliche Zusammengehörigkeit gestört werden soll. (Erneute Zwischenrufe der Unabhängigen und Kommunisten.) Das ist namentlich in den letzten Monaten durch Kundgebungen der polnisch sprechenden Minderheit unzweideutig zum Ausdruck gebracht worden. Oberschlesien will, wie die Abstimmung gezeigt hat, nicht nur deutsch, sondern ungeteilt deutsch bleiben. Der geplante Gewaltakt vernichtet den Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker. Der oberschlesischen Bevölkerung gegenüber bekundet der Landtag die untrennbare Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes mit ihr. (Lebhafter Beifall. Zuruf der Kommunisten: Klassenkampf!) Die Leiden und Vergewaltigungen der oberschlesischen Bevölkerung in den Aufständen der letzten Jahre (Unruhe und Zurufe der Kommunisten) haben unser Mitgefühl mit den Oberschlesiern so gestärkt, daß eine Trennung des deutschen Volkes von ihnen ausgeschlossen ist. Wir müssen mit der oberschlesischen Bevölkerung die Ausführung der vorbereitenden Lösung des Schicksals von Oberschlesien als brutale Vergewaltigung des Volkswillens empfinden und wir müssen uns auf das entschiedenste weigern, einem solchen Gewaltakt das Recht anzuerkennen. (Lebhafte Zustimmung.) Eine solche Lösung kann unmöglich zur Verstärkung des Weltfriedens und der Völkerversöhnung beitragen. (Sehr richtig!) Sie würde den wirtschaftlichen Frieden nicht fördern und vor allem den inneren Frieden des so schwer geprüften oberschlesischen Volkes nicht herbeiführen. Der preußische Landtag erhebt feierlich Einspruch gegen diese durch keinerlei Recht begründete Vergewaltigung der Oberschlesier und er weiß sich in diesem Protest einig mit der erdrückenden Mehrheit des gesamten deutschen Volkes. (Lang anhaltender Beifall bei der großen Mehrheit des Hauses. Zuruf der Unabhängigen und Kommunisten: Stinnesbande!)

Die Abgeordneten Meyer-Ostpreußen (Komm.) und Leid (Unabh.) erklären unter großer Unruhe des Hauses und Schlußrufen der Mehrheit, daß ihre Parteien der Erklärung nicht zustimmen können.

Hierauf wird die Besprechung der großen Anfrage Hoff (Dem.) über den Entwurf des Reichsschulgesetzes und über Bekenntnis- und Weltanschauungsschule fortgesetzt, die aber nichts Neues mehr brachte. Der Abg. Kuhnert (Unabh.) beantragte den Wegfall des Religionsunterrichtes, der gegen die demokratischen Parteien abgelehnt wurde. Der deutschnationale Antrag auf Unterstützung der Privatschulen geht an den Unterrichtsausschuß.

Es folgt die Anfrage Lehmann (Deutschnational) über die Vorgänge an der Fürst-Bismarckschule. Von den Demokraten liegt eine Anfrage Otto vor, von den Mehrheitssozialisten eine Anfrage Braun über denselben Gegenstand. — Abg. Pflug (D.-Natl.) schildert die Tätigkeit der beiden Schulreformatoren Heinzins und Kawerau, die im Lehrerkollegium Unfrieden gestiftet und dazu geführt haben, daß der frühere Kultusminister trotz des Einspruches der Eltern den Direktor Burg und mehrere Mitglieder des Lehrerkollegiums vertreten hat. Der Schulbeirat, der schon seit dem vorigen Jahre bestanden habe, sei nicht gehört worden. Der Redner schildert die Tätigkeit des Direktors Burg, die durchaus einwandfrei gewesen sei und sich auch während des Konfliktes bewährt hat, obwohl es mehr und mehr klar wurde, daß es sich hier um einen Kampf der Minderheit aus politischen Gründen handelte. Bei der Untersuchungskommission habe sich gezeigt, daß der untersuchende Ministerialrat nicht länger im Ministerium bleiben könne. Minister Hänisch hat sich von der Klique der Schulreformen einwickeln und weitertreiben lassen, als er selbst wollte. Unter fortgesetzten Unterbrechungen der Linken schließt Redner seine Kritik über das Ministerium Hänisch mit der Bestätigung des Ausspruches des Staatssekretärs Troeltsch, dieses Ministerium war ein Saustall! (Lebhafter Beifall rechts. Lärmen und Zischen links.) — Nächste Sitzung Freitag.

Der Aeltestenrat zur oberschlesischen Frage.

(TU) Der Aeltestenrat des Reichstages beschloß in seiner gestrigen Abendsitzung, den Reichstag noch nicht sofort einzuberufen, da amtliche Nachrichten über Oberschlesien vor Sonnabend nicht eintreffen dürften. Spätestens am Sonntag wird der Rat nochmals zusammentreten. In parlamentarischen Kreisen erwartet man die Reichstagseinberufung für Dienstag. An der Sitzung des Aeltestenrates nahm auch der Reichskanzler teil. Er stellte fest, daß nach einmütiger Anschauung des Kabinetts ein Rücktritt der Regierung vorläufig nicht in Frage komme, da in dieser schweren Zeit eine aktionsfähige Regierung im Amte bleiben müsse. In den Kreisen der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft behält man sich eine Entscheidung vor, führt aber die Verhandlungen wegen der Auslandsanleihe weiter. Der linke Flügel der Demokraten hält noch an der Ansicht fest, daß die Erfüllungspolitik nicht fortgesetzt werden könne. Die Bemühungen der Koalitionsparteien gehen jetzt dahin, die Deutsche Volkspartei zur Beteiligung an ihrer Politik zu veranlassen. Gestern abend hatte man den Eindruck, daß der Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung nicht ausgeschlossen erscheint. Irgendwelche Entscheidungen sind aber noch nicht gefaßt worden.

Uebersendung des oberschlesischen Raubdiktates an Briand.

Wie Havas mitteilt, hat Briand als Vorsitzender des Obersten Rates gestern vormittag durch einen Sonderkurier die Empfehlung hinsichtlich der Teilung Oberschlesiens im Wortlaut erhalten. Briand hat dies Dokument den alliierten Regierungen mitteilen lassen und zwar durch Mitteilung an ihre Botschafter, damit die Maßnahmen zur Ausführung dieser Empfehlung entsprechend den Beschlüssen der letzten Pariser Konferenz getroffen werden können. Nach dem Journal des Debats besteht das Dokument des Völkerbundsrates aus einem Schreiben, einem Vorwort, in dem auseinandergesetzt wird, wie die Arbeiten des Völkerbundes vor sich gegangen sind, aus einer Wiedergabe der Argumente, auf die sich der Völkerbund bei der Festsetzung der Grenze gestützt hat und schließlich aus der Anführung der Gründe, um deren Willen die Bildung eines Wirtschaftsrates beschlossen wurde. Wie Journal des Debats mitteilt, weiß man noch nicht, ob die Ratifizierung durch den Obersten Rat oder durch den Botschafterrat erfolgen wird.

Dauernde Alarmbereitschaft in Oberschlesien.

Nach einer Meldung der Vossischen Zeitung hat die interalliierte Kommission in Oppeln Instruktionen für die Zeit der Bekanntgabe der Entscheidung des Völkerbundsrates erhalten. Jeder Versuch, sich ihren Ausführungen zu widersetzen, ist sofort zu unterdrücken. Die Besatzungstruppen sind in dauernder Alarmbereitschaft zu halten. Transportmittel in größerem Umfange sind bereitzustellen. Die Grenzen sind hermetisch abzuschließen. Ueber die Gebiete, in denen Unruhen vorkommen, ist sofort der Belagerungszustand zu verhängen. Derond befindet sich seit gestern in Begleitung des italienischen und des englischen Kommissars auf einer Besichtigungsfahrt durch das Abstimmungsgebiet.

(TU) Die interalliierte Kommission erläßt einen Aufruf, in dem erklärt wird, daß die Kommission jede öffentliche Kundgebung verhindern wird. Die Entscheidung des Völkerbundes müsse vor allen Dingen mit Ruhe und Ordnung aufgenommen werden. Die Kommission hofft, daß sie nicht genötigt sein werde, zur Gewalt ihre Zuflucht zu nehmen.

„Die deutsche Wunde wird niemals vernarben".

(TU) Der „Popolo Romano" sagt: Der Schiedsspruch von Genf bedeutet den Todesstreich für den Weltgötzen Völkerbund. Das Blatt wendet sich gegen die Pontius-Pilatus-Politik Bonomis und delia Torettas und erklärt, die deutsche Wunde werde niemals vernarben.

Oesterreichs Untergang.

(TU) In einer Meldung des Tiroler Sonderberichterstatters der „Münchener Neuesten Nachrichten" heißt es u. a.: Der Untergang Oesterreichs ist nicht mehr aufzuhalten. Das in seinen Wurzeln noch urgesunde Tirol ist entschlossen, seinen Willen zum Leben im entscheidenden Moment zum Ausdruck zu bringen. Es hat das heilige Recht auf Unterstützung des ganzen deutschen Volkes, das ihm diese Unterstützung im Rahmen der Politik und Wirtschaftswelt auch wirklich zuteilen wird, ist eine ernste Pflicht Deutschlands. Möge man das in Berlin nicht vergessen.

Ungarischer Vorstoß gegen Wien geplant.

Wiener Blätter berichten: Nach den an militärischen Stellen vorliegenden Nachrichten der letzten Tage scheint es sicher, daß die Ungarn eine große Aktion gegen die Wiener-Neustadt planen. An der österreichischen Grenze des Burgenlandes, im südlichen Teil und am Neu-Hügelsee seien Truppen zusammengezogen, die bereits nach vorsichtiger Schätzung 40 000 Mann stark sind. Die Ungarn machten zwei Stoßkolonnen marschbereit, von denen die eine einen Angriff auf Wiener-Neustadt unternehmen und die andere gegen den Semmering und von hier aus ebenfalls gegen Wiener-Neustadt vorgehen soll. Diese Kolonnen sollen, wie die Blätter melden, in erster Linie sich der großen Munitionslager bemächtigen und die starken Arbeiterwehren am Steinfeld mit einem Schlag beseitigen. Dann dürfte zu einem Unternehmen gegen Wien geschritten werden.

Schwere Krawalle gegen das Wuchertum in Wien.

(TU) Nach der gestrigen Versammlung, die die Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs in der Volkshalle des Rathauses einberufen hatte, bewegte sich ein Zug von einigen tausend Frauen zum Parlament. Der Finanzminister hielt eine beruhigende Ansprache. Etwa 600 überwiegend männliche Demonstranten fielen über die Passanten her. Auch Kraftwagen wurden angehalten und die Insassen übel zugerichtet. Vor der Oper kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Demonstranten und Polizei. Die Menge rief immer wieder: „Gehen wir nach den Schieberhotels und holen wir die Wucherer heraus!" Vor dem Hotel Bristol, dem Grand Hotel, dem Hotel Imperial kam es zu wüsten Auftritten. Die Demonstrationen hatten vielfach antisemitischen Charakter, denn die Verprügelten waren zumeist Juden, von denen mehrere ausgeplündert wurden.

Der Plan eines französisch-amerikanischen Abkommens.

Die Chicago Tribune meldet: „Die Absichten des Ministers Briand für die Abrüstungskonferenz in Washington gehen dahin, ein französisch-amerikanisches Abkommen über den Rhein und den Fernen Osten zustandezubringen. Briand wünscht von den Vereinigten Staaten für Frankreich eine Bürgschaft gegen weitere deutsche Angriffe zu erhalten und würde dafür die französische Unterstützung in allen Fragen zusagen, die im Stillen Ozean und Fernen Osten die Welt beunruhigen könnten. Ein führender amerikafreundlicher französischer Politiker versicherte, Briand werde eine solche Verständigung mit den Vereinigten Staaten unter allen Umständen suchen, ungeachtet der Warnung der zu England neigenden Franzosen, die darauf verwiesen, daß Frankreich und England sich viel näher stünden als Frankreich und Amerika, und daß somit bei einem deutschen Angriff Frankreich von England viel schnellere Hilfe zu erwarten hätte. Der Ministerpräsident werde während seines zehntägigen Aufenthalts in Washington nur die Grundlage für ein derartiges französisch-amerikanisches Abkommen legen und die endgültigen Abmachungen der französischen Abordnung überlassen. Ferner beabsichtige er, sich mit den amerikanischen Regierungsvertretern über die Kosten der amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein zu unterhalten. Bisher erhielt Amerika von den 300 Millionen Dollar, die ihm hierfür geschuldet werden, nicht einen Cent. Wenn einmal der Friedensvertrag mit Deutschland in Wirksamkeit tritt, so werden die Verbündeten allein infolge ihrer Generalhypothek in der Lage sein, die erforderlichen Gelder aus Deutschland herauszuziehen."

Tagesereignisse.

— **(Die Brotpreise.)** Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat auf Grund authentischen amtlichen Materials die Klagen über die hohen Brotpreise geprüft und ist nach zahlenmäßigen Feststellungen zu dem Schluß gekommen, daß ohne den vom Reich im Wirtschaftsjahr 1920/21 aufgewendeten Betrag von 9 und 3 Milliarden das Kartenbrot nur zum Preise von 8 Mark hätte abgegeben werden können. Wenn der Brotpreis, so heißt es in dem Nachweis, trotz der inzwischen eingetretenen Geldentwertung auf der Höhe von 7 Mark erhalten werden kann, so ist das lediglich mit dadurch bedingt, daß das Umlagegetreide dem Reiche von der Landwirtschaft zu einem im Verhältnis zu diesem wesentlich billigeren Preise zur Verfügung gestellt werden kann.

— **Vom Reichsgericht** wurden im Selberter Hochverratsprozeß wegen Hochverrats verurteilt der Schlosser Graß zu 5 Jahren 6 Monaten, der Schlosser Walterbach wegen Beihülfe zu 3 Jahren, der Dreher Haehner, der Schlosser Dietz, der Kolporteur Schröder (Düsseldorf), der Former Stoß, der Maschinist Dillbers, der Schlosser Gathmann zu je 2 Jahren, der Kaufmann Massen zu 1 Jahr 6 Monat, der Former Schroth und Frau Stoß zu je 1 Jahr 3 Monaten Festungshaft; der Optiker Löwenthal (Elberfeld) wegen Nötigung zu 3 Monaten Gefängnis, die durch die Untersuchung als verbüßt erachtet werden. Der Kaufmann Arthur Thomas (Düsseldorf) wurde freigesprochen.

— **(Erneute linksradikale Versammlungsstörungen.)** Am Mittwoch wurde in Berlin eine nicht öffentliche Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei, von der die Polizei vorher keine Kenntnis besaß, von linksradikalen Elementen gesprengt. Die herbeigerufene Polizei stellte unter Vornahme zahlreicher Festnahmen die Ruhe wieder her. Später versuchte eine große Rotte junger Burschen das Polizeirevier, auf welches die Festgenommenen gebracht waren, zu stürmen. Die Polizei war gezwungen, mit blanker Waffe dem Ansturm entgegenzutreten. Der Polizeipräsident hat Weisung erteilt, daß die Festgenommenen und ihr Anhang mit möglichster Beschleunigung der verdienten Bestrafung zugeführt werden. Die Betroffenden werden sich demnächst vor dem Strafrichter zu verantworten haben.

— **(Vor einer Koalitionsregierung in Rußland?)** Aus Prag melden die Leipziger Neuesten Nachrichten: In dieser Woche finden in Prag Beratungen der bedeutendsten Führer der Sozialrevolutionäre unter dem Vorsitz Kerenskis statt. Wahrscheinlich wird es zu direkten Verhandlungen zwischen den Sozialrevolutionären und der Sowjetregierung nach diesen Beratungen wegen Bildung eines neuen Regimes in Rußland kommen. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß es keine Ueberraschung bedeuten würde, wenn es zu einer Aenderung der Taktik der Sowjetregierung kommen würde, da die Sozialrevolutionäre ihre Mitarbeit in einem Koalitionskabinett anbieten würden.

— **(Die Gärung in Indien.)** Die Leitung des indischen Nationalkongresses für die Interessen des Kalifats in Bombay hat eine Entschließung angenommen, in der gefordert wird, am Tage der Ankunft des Prinzen von Wales in Indien einen allgemeinen Streik in ganz Indien zu beginnen. Die Bezirksleitungen werden ferner aufgefordert, gelegentlich des Besuches des Prinzen in den einzelnen Städten einen Boykott zu organisieren. Außerdem wurde beschlossen, den Regierungen der benachbarten Länder mitzuteilen, daß die britisch-indische Regierung in keiner Weise die öffentliche Meinung oder gar das indische Volk repräsentiere. Das indische Volk betrachte die Verträge, die zwischen seinen Nachbarländern und der britischen Regierung abgeschlossen worden seien, als Mittel, um die Ausbeutung und Aussaugung Indiens für Großbritanniens zu erleichtern. Darum bitte das indische Volk seine Nachbarn, von dem Abschluß derartiger Abmachungen mit Großbritannien abzusehen.

Westfalen und Rheinland.

Die Bodenreform.

Kamen, 14. Okt. Auf Veranlassung des Volksbildungsausschusses sprach am Mittwoch abend im Nessischen Saale der Generalsekretär des Bundes deutscher Bodenreformer Herr Rüppel aus Berlin über die Bodenreform. Wer geglaubt hatte, daß den Saal eine stattliche Zuhörerschar füllen werde, mußte eine arge Enttäuschung erleben, denn nur 60 Personen hatten sich eingefunden, um dem glänzenden Redner zu lauschen. Herr Bürgermeister Dr. Wiesner begrüßte die Erschienenen und bedauerte den schwachen Besuch, um so mehr, als die Bodenreform jeden interessieren solle. Die Ursache sei wohl, daß die Bodenreform zu wenig bekannt sei. Herr Rüppel betonte dann, daß man in dieser Zeit des Neuwerdens den Verhältnissen scharf und klar ins Auge zu sehen habe und versuchen müsse, ein eigenes Urteil zu gewinnen. Man muß sich mit den Lebensfragen beschäftigen, um die Grundlagen des Volks- und Wirtschaftslebens wieder in Ordnung zu bringen. In der Suche nach Erkenntnis und Wahrheit durchdringt alle ein Suchen nach großen Gesichtspunkten und in dieser Suche will die deutsche Bodenreform Wegreiser und Mahner sein. Die Bodenreform sei keine Parteisache, sondern Menschheitssache, 99 Prozent unseres Volkes seien daran interessiert. Der Boden gehört dem Volke, das sei der alte deutsche Rechtsbegriff, der leider überwiegend heute dem römisch-egoistischen Rechtsstandpunkt weichen mußte. Oberstes Gesetz und sittliche Pflicht jeder Gemeinde sei es, Boden zu erwerben und diesen in sozialem Sinne zu verwerten. Redner wies auf Ulm (Donau) hin, wo 80 Prozent des gesamten Weichbildes der Stadt gehören und ein jeder sein eigenes Häuschen mit Garten erhalten kann. Der deutsche Boden darf nicht Ware sein und der Spekulation dienen, er muß gebraucht werden im Sinne der Allgemeinheit. Herr Rüppel wies auf die Gefahren hin, die dem deutschen Volk drohen durch den Ankauf des deutschen Bodens durch Ausländer. Dadurch werden wir Mietlinge und Sklaven im eigenen Vaterlande. Jede Spekulation mit dem Boden verteuert diesen und diese Verteuerung muß die Allgemeinheit bezahlen. Die Wohnungsfrage stand schon im Frieden unter dem Zeichen des Bodenwuchers, heute ist sie zur Wohnungsnot geworden. Wieviel Volkskraft und Volksgesundheit wird verpfuscht, 1 200 000 Familien sind ohne eigenes Heim. Das Recht auf Heimatboden muß zuerst den Kriegsbeschädigten zuteil werden. Mit nebensächlichen Fragen politischer Art zerschlägt man sich die Köpfe, während man große Aufgaben achtlos beiseite schiebt. Jeder deutsche Volksgenosse habe ein Recht auf deutschen Boden! Wille der Bodenreformer sei die Unterbindung jeder Spekulation mit der Heimaterde und eine Abschätzung des nackten Bodens durch den Besitzer selbst. Auf Grund dieser Abschätzung müsse der Boden aber, wenn es das öffentliche Interesse erfordert, an die Kommune oder den Staat abgetreten werden zum eingeschätzten Betrage. Jede Gemeinde soll bei Grundstücksübergängen Verkaufsrecht haben, dadurch würden Verkäufe an das Ausland verhindert. Redner beleuchtete dann den Bodenwucher an manchen Beispielen, gab Aussprüche hervorragender Männer über die Tätigkeit der Bodenreform bekannt und betonte, daß man jeden Bürger zufrieden stellen müsse und dies könne man, wenn ihm ein Stückchen Land gegeben werde. Die Bodenreformer wollen Heimstätten bauen, in größtem Stil, dafür verlangen sie billiges Geld und billiges Land. Die Bodenreform bringe den sozialen Frieden. Herr Rüppel stellte dann die Frage, wo die Arbeiter und die Beamten seien, die doch zu dem Vortrag hätten kommen müssen, denn unsere Arbeit gilt doch den Minderbemittelten. Für Tanz und andere seichte Dinge habe man Zeit in Hülle und Fülle, für große, ideale Dinge habe man kein Gehör. Mit einer Aufforderung zur Mithilfe am Werke der Bodenreform schloß der Redner. Eine anregende Diskussion erweiterte die Kenntnisse über die Bodenreform und trug dazu bei, daß sich sofort ca. 30 Anwesende als Mitglieder des Bundes deutscher Bodenreformer bekannten. Aus diesen Reden sei besonders erwähnt der Wunsch nach einem starken Besuch der städtischen Lesehalle, woselbst auch die Bodenreformhefte aufliegen. Die Bodenreform inbezug auf unsere Stadt wurde beleuchtet und mit Recht darauf hingewiesen, daß durch die Sesecke-Regulierung großes Gelände frei von Ueberschwemmungen und baureif würde. Das Gelände steigt dadurch gewaltig im Werte. Die Kosten der Sesecke-Regulierung trägt aber die Allgemeinheit und der Nutzen müsse auch dieser zugute kommen und nicht allein den Besitzern der Grundstücke, die doch zu dieser Wertsteigerung nicht beitrügen. Das gleiche treffe bei der Anlage der neuen Koppelstraße wie bei allen andern Verkehrsverbesserungen zu. Herr Rüppel sprach dann das Schlußwort in der Hoffnung, daß das Samenkorn der Boden-Reform auch in Kamen gute Entwicklung zeitigen würde.

*

(—) **Kamen, 14. Oktober.** **(Verschiedenes.)** Der **Bühnenvolksbund** gewinnt auch in Westdeutschland immer mehr Anerkennung und Verbreitung. Er will Schund und Schmutz aus dem Theater und Kino verdrängen und Sinn für Vorführungen und dramatische Werke wecken, die auf deutsch-christlichem Boden erwachsen sind. Vor allem liegt ihm daran, daß sich die Theaterbesucher, die auf der Bühne Werke christlich-deutschen Geistes erblicken wollen, organisieren, damit Stücke nach ihrem Wunsche zur Vorführung gelangen. Ueberall sollen Theatergemeinden gegründet werden, die auch den Minderbemittelten den Zugang zum Theater öffnen.

Der Wert der Mark hat unter den ungünstigen politischen Nachrichten wieder einen tüchtigen Schritt abwärts getan. Für je 100 der betreffenden Landeswährung waren gestern zu zahlen in Holland 4400 Mark gegen 4000 am Vortage, in Schweden 3060 gegen 2860, in der Schweiz 2440 gegen 2235, in London 510 gegen 468 und in Neuyork 132 gegen 121.

(Rückerstattung zuviel gezahlter Steuern.) Die endgültige Veranlagung zur Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920 ist zurzeit in vollem Gange und wird mit möglichster Beschleunigung durchgeführt werden, damit auch insbesondere den Steuerpflichtigen, die mehr an vorläufiger Einkommensteuer entrichtet haben, als ihre endgültige Steuerschuld beträgt, möglichst bald der zuviel einbehaltene Betrag zurückerstattet werden kann. Die beschleunigte Durchführung der Einkommensteuerveranlagung ist aber nur dann möglich, wenn alle weiteren Störungen bei den Veranlagungsgeschäften vermieden werden. Unter Hinweis darauf, daß durch die Bearbeitung von Anträgen auf Rückerstattung zuviel gezahlter Beträge vor der endgültigen Feststellung der Steuer die ordnungsmäßige und rasche Durchführung der Veranlagung gefährdet würde, hat der Reichsfinanzminister die Finanzämter angewiesen, nur ganz ausnahmsweise in den Fällen, in denen es sich um besonders bedürftige, in Not befindliche Steuerpflichtige handelt und sich aus der verzögerten Rückzahlung der zuviel einbehaltenen Beträge besonders schwere Härten ergeben, den Antrag des Steuerpflichtigen auf Vorwegveranlagung zu berücksichtigen, und dies auch nur insoweit, als es ohne nennenswerte Verzögerung der übrigen Veranlagung geschehen kann. Damit das Finanzamt in der Lage ist, möglichst schnell die Rückzahlung an sämtliche Steuerpflichtige, die zuviel gezahlt haben, durchzuführen, wird gebeten, von Rückerstattungsanträgen vorläufig Abstand zu nehmen.

„Alte deutsche Familienspiele", so lautet das Thema des öffentlichen Vortrages, der am Samstag, 15. Oktober ds. Js., abends 8 Uhr, im Hotel Bergheim stattfinden soll. Der Vortrag bildet den Abschluß eines vom Kreiswohlfahrtsamt Hamm veranstalteten Jugendpflegelehrgangs für Spiele. P. Jahn ist in weiten Kreisen als anerkannte Größe auf dem Gebiete des Spielwesens bekannt. Mit viel Liebe und Fleiß hat er im In- und Auslande nach guten Spielen gesucht und manches Spiel der Gefahr des Vergessenwerdens entrissen und zu neuem Ansehen gebracht. Auch als Schriftsteller hat er nicht unwesentlich dazu beigetragen, dem Lebenswert des guten Spiels unter allen Schichten des Volkes wachsende Anerkennung zu verschaffen. P. Jahn ist Leiter der Züllchower Erziehungsanstalten. Wenn wir das reichhaltige Lager einer größeren Spielwarenhandlung mustern, dann können wir sicher sein, auch Züllchower Spiele zu finden. Wer nicht den Lehrgang selbst besuchen kann, wird sicherlich gern den Vortrag hören, zu dem der Eintrittspreis (zur Unkostendeckung) nur 1 Mk. beträgt.

Wann wird die Ortsgesprächsgebühr von 25 Pf. berechnet und wann nicht?

Nach der neuen Fernsprechordnung ist die Ortsgesprächsgebühr von 25 Pfg. fällig, wenn der Anschluß des Anrufenden mit der verlangten Hauptstelle verbunden ist und diese oder eine daran angeschlossene Nebenstelle den Anruf beantwortet hat. Solange sich der gewünschte Teilnehmer noch nicht gemeldet hat, wird die Gebühr also nicht berechnet. Ist der Teilnehmer an eine Hauszentrale angeschlossen, z. B. innerhalb eines großen Geschäftshauses, und antwortet er hier auf Anruf seitens seiner eigenen Zentrale nicht, so ist die Gesprächsgebühr fällig, weil die Verbindung des Fernsprechamtes mit der Zentrale mit Erfolg hergestellt worden war und die Zentrale in diesem Falle für das Fernsprechamt die Stelle des angerufenen Teilnehmers vertritt. Meldet sich ein angerufener Teilnehmer und stellt der anrufende fest, daß es sich um eine falsche Verbindung handelt, so muß er seinem Amte durch das sogenannte Flackerzeichen (dreimaliges langsames Niederdrücken der beweglichen Gabel bei Tischgehäusen oder des beweglichen Hakens bei Wandgehäusen) zu erkennen geben, daß etwas bei ihm nicht in Ordnung sei und der Beamtin den Sachverhalt zur Berichtigung der Gebührenliste mitteilen. Ebenso hat er sich bei Unterbrechungen oder sogenannten Doppelverbindungen zu verhalten. Die Behauptung, daß die Falschverbindungen, die übrigens zur Hälfte durch Versehen der anrufenden Teilnehmer selbst herbeigeführt werden, seit dem 1. Oktober erheblich zugenommen hätten, ist unzutreffend. Nach den bei den Fernsprechämtern dauernd geführten Kontrollen nehmen die Falschverbindungen imf Gegenteil seit Benutzung der besonderen Zahlenaussprache fortgesetzt ab. Auch die vorzeitigen Trennungen von Gesprächen werden weiter zurückgehen, weil das Fernsprechpersonal seit Einführung des Ortsgesprächstarifs mit größerer Ruhe arbeiten kann, indem viele überflüssige Gespräche (Plaudereien und dergleichen) jetzt weggefallen sind und die Beamtinnen deshalb die Verbindungen nicht mehr in so großer Hast wie unter der früheren Ueberlastung des Betriebes herzustellen brauchen. Die Anwendung des Flackerzeichens in den vorbezeichneten Fällen ist unvermeidlich, wenn sich der anrufende Teilnehmer vor einer Mehranrechnung von Gesprächsgebühren schützen will. Denn die Beamtin weiß von dem Bestehen einer Falsch- oder Doppelverbindung oder einer Unterbrechung nichts, weil sie wissentlich dies nicht herbeigeführt hat und sie in den Fällen, wo ihr der rufende Teilnehmer eine falsche Nummer nennt oder wo ein vorübergehender kleiner Fehler im Vielfachsystem des Amtes eine Doppelverbindung hervorrief, hierfür überhaupt nichts kann. Auch im Auslande, wo, wie in den Vereinigten Staaten von Amerika, in England und anderen Ländern, die mit dem Gesprächszähler seit Jahr und Tag arbeiten, dergleichen Zwischenfälle ebenso eintreten, ist der Teilnehmer genötigt, dasselbe Mittel anzuwenden, weil es eine andere technische Lösung nicht gibt. Die Ortsgesprächsgebühr wird nicht berechnet bei Verbindungen, die nicht zustandekommen, weil die angerufene Sprechstelle nicht antwortet oder besetzt ist. Sie wird auch nicht berechnet, wenn die Verbindung aus anderen Gründen (Betriebsstörung, Sperre, längere Abwesenheit des angerufenen Teilnehmers vom Ort) nicht hergestellt werden kann. Ebensowenig sind alle Anmeldungen von Ferngesprächen, sowie Gespräche der Teilnehmer mit Betriebsstellen des Amtes (Störungs-, Auskunfts-, Beschwerde- und Aufsichtsstelle) in Angelegenheiten des Fernsprechbetriebes nicht gebührenpflichtig.

*

(Neue Freimarken mit Bildern der Schmiede, Bergarbeiter und Landarbeiter.) Die Reichsdruckerei beginnt in diesen Tagen mit der Ausgabe der ersten Marken mit den Bildern der Schmiede, Bergarbeiter und Landarbeiter. Die Reihe dieser Marken umfaßt 3 Bilder. Die beiden ersten mit den Werten 60 Pfg. (dunkelviolett) und 80 Pfg. (rot) stellen Schmiede in verschiedenen Altersstufen beim Arbeiten am Amboß dar; die beiden nächsten mit den Werten: 100 Pfg. (grün) und 120 Pfg. (ultramarine) zeigen Bergarbeiter mit Spitzhacke, Meißel und Karren in voller Tätigkeit; die beiden letzten Werte: 150 Pfg. (orange) und 160 Pfg. (blaugrün) Landarbeiter beim Mähen und Garbenbinden. Zunächst kommt die 60-Pfg.-Marke in Bogenform (einfaches Porto für Inlandsbriefe) zur Ausgabe; ihr folgt im Laufe des Oktobers der 120-Pfg.-Wert für den einfachen Auslandsbrief. Die übrigen Werte können noch nicht ausgegeben werden, weil noch ältere Markenbestände vorhanden sind, die aus wirtschaftlichen Gründen zuerst verbraucht werden müssen. Der Ausgabezeitpunkt der übrigen Marken (60 Pfg. in Rollen usw.) wird später bekanntgegeben. Wo die jetzt neu ausgegebenen neuen Marken bei den Postanstalten infolge des Vorliegens älterer Bestände noch nicht zu haben sind, können Markensammler usw. sie bei der Markenverkaufsstelle des Briefpostamts in Berlin C 2 gegen die dort zu erfragenden Bedingungen beziehen.

Unentgeltliche Auskunft für Auswanderer erteilt seit 20 Jahren der Evgl. Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer in Witzenhausen a. d. Werra. Der Verein hat 80 Vertrauensmänner in allen Einwanderungsgebieten des Auslandes, ferner über 30 Zweigstellen in ganz Deutschland. Für Westfalen sind sie in Bethel und Witten, fürs Rheinland in Elberfeld, Essen, Kaiserswerth und Langenberg. Zur Zeit wird das Netz der Zweigstellen bedeutend erweitert.

*

Behandlung aufgefundener Luftballone und Drachen mit wissenschaftlichen Apparaten.

Die Sicherung unserer Luftschiffahrt sowie sonstige technisch-wissenschaftliche Probleme erfordern es, daß von bestimmten Punkten Flugkörper mit Apparaten hochgelassen werden, die selbständig Temperatur, Feuchtigkeit und Windstärke in der Höhe aufzeichnen. Werden als Tragkörper freifliegende Gummiballone benutzt, die bis zum Platzen steigen, so wird der Fall des Instruments durch einen Fallschirm gebremst. Beim Auffinden der kleinen Instrumente mit Schirm verbringe man dieselben unter großer Sorgfalt und ohne in ihren Mechanismus einzugreifen zu wollen, an einen kühlen, trockenen Ort. Der am Körbchen befestigte Brief enthält eine Anleitung für Bergung und Aufbewahrung der Instrumente. Des weiteren werden von Drachenstationen auch Aufstiege mit gefesselten Flugkörpern gemacht. Bei der immer größeren Verbreitung der Leitungsnetze von elektrischen Ueberlandzentralen ist vor allem darauf zu achten, ob die an den Flugkörpern befestigten oder auch losen Drähte nicht mit einer derartigen Hochspannungsleitung in Berührung stehen. Beim Auffinden längerer über Linien einer Ueberlandzentrale hinausgleitender Drahtenden mit und ohne Drachen oder Ballone wird am besten das Observatorium Lindenberg (Beeskow Nr. 40, Gnnicke Nr. 40) telephonisch oder telegraphisch benachrichtigt, das sogleich durch einen Sachkundigen den bezeichneten Draht entfernen läßt. Drachendrähte dürfen niemals mit bloßen Händen berührt werden. Im Falle der Not müssen die Hände sorgfältig mit einem dicken trockenen Tuche umwickelt werden. Es ist auch zu beachten, daß das Gas, mit dem die Ballone gefüllt sind, äußerst feuergefährlich ist, man darf sich demselben also weder mit offenem Licht noch mit brennender Zigarre oder Pfeife nähern. Der Finder erhält eine seinen Bemühungen angemessene Belohnung. Dieselbe wird bedeutend höher als der Zeitversäumnis des Finders entspricht, bewertet, wenn es gelingt, das ganze abgerissene Drachengespann zu bergen. Daher hat der Finder lediglich dafür zu sorgen, daß das Drachengespann nicht weiterfliegt, was entweder durch Beschweren des als Anker dienenden, am Boden oder in Bäumen festgelaufenen Drachens oder durch Sichern des Drahtendes erfolgt. Bei dieser Arbeit ist stets darauf zu achten, daß ein Ten. des Haltedrahtes den Erdboden berührt, damit eine Ableitung der elektrischen Ströme erfolgen kann. Drachen, Ballone und Instrumente sind Staatseigentum. Es muß also von jedermann erwartet werden, daß er bei der Bergung hilft und Unkundige dabei durch sachgemäßen Rat unterstützt. Wer die Ballone, Drachen und Apparate absichtlich beschädigt oder hinterzieht, wird strafrechtlich verfolgt.

*

(Falsche Reichsbanknoten zu 10 Mark.) Von den seit Anfang Januar ds. Js. dem Verkehr zugeführten Reichsbanknoten zu 10 Mark mit dem Datum des 6. 2. 20 sind außer der Ende Juni durch die Tagespresse bekanntgegebenen Fälschung weitere Nachbildungen aufgetaucht. Abgesehen von der mangelhaften Wiedergabe der Zeichnung, fehlen den Fälschungen die Hauptkennzeichen echter Noten: das Wasserzeichen und der eingewirkte Faserstreifen auf der Rückseite, der beim Falschstück zumeist durch aufgedruckte braune Striche vorgetäuscht ist. Das Reichsbank-Direktorium warnt vor Annahme derartiger Fälschungen und empfiehlt dem Publikum erneut, als Selbsthilfe gegen Verluste aus der Annahme solcher Falschstücke sich das Bild der echten Noten, namentlich auf genannte Kennzeichen hin, einzuprägen. Gleichzeitig wird in Erinnerung gebracht, daß die Reichsbank für die Aufdeckung von Falschmünzerwerkstätten und für zweckdienliche Mitteilungen, die zur Festnahme und Bestrafung von Herstellern und wissentlichen Verausgabern falscher Banknoten führen, Belohnungen zahlt.

** **Dortmund, 13. Okt.** **(Arbeitswiederaufnahme auf der Union.)** Gestern vormittag fand eine Belegschaftsversammlung des Eisenwerks Union statt, die von etwa 3500 Arbeitern besucht war und sich mit der Frage des Ausstandes beschäftigte. Zu einer mündlichen Abstimmung kam es nicht. Dagegen wurde beschlossen, mittels Stimmzettel abzustimmen. Das Ergebnis dieser Abstimmung wurde nachmittags 4 Uhr am Hauptportal des Werkes bekanntgegeben. Die Abstimmung ergab, daß 1024 für die Aufnahme der Arbeit, 1010 Stimmen für die Fortsetzung des Streiks waren. Die Arbeit wurde unter diesen Umständen wieder aufgenommen. Eine große Zahl derer, die nicht abgestimmt hatten, hatte sich auf der Arbeitsstelle eingefunden. Die Zahl der Arbeitswilligen ist demnach wesentlich größer gewesen.

! **Hagen, 12. Okt.** **(Ein jugendlicher Scheckfälscher.)** Durch Fälschung eines Schecks hatte sich der 17jährige Lehrling Schr. von hier in den Besitz von 40 000 Mark gesetzt. Er kleidete sich elegant ein, reiste nach Kassel und von dort nach Konstanz, wo er ein Verschwenderleben führte. U. a. hat er ein Orchester nach Friedrichshafen am Bodensee eingeladen und dort freigehalten. Der „Scherz" kostete etwa 5000 Mark. Als das Geld zur Neige ging, kehrte Schr. nach Hagen zurück und stellte sich der Polizei. Die Hagener Strafkammer verurteilte den jugendlichen Sünder zu 10 Monaten Gefängnis, bewilligte ihm aber eine Bewährungsfrist, um ihm Gelegenheit zur Besserung außerhalb der Gefängnismauern zu geben.

(h) **Gerthe, 10. Okt.** **(Ein besonderes Ereignis.)** Im Amtshause in Gerthe spielte sich in vergangener Woche eine eigenartige Trauung ab. Der mohammedanische russische Staatsangehörige J. verehelichte sich mit einem hiesigen Mädchen. Der türkische Oberpriester nahm die Trauung nach mohammedanischen Ritus vor.

Herne, 13. Okt. **(20-Millionen-Forderung.)** Am Montag nachmittag fand im Rathause eine Sitzung der städtischen Baudeputation statt, die sich vornehmlich mit dem Dringlichkeitsantrage beschäftigte, der von der sozialdemokratischen Partei gestellt war. Es handelt sich um den Antrag Schütter, 20 Millionen Mark auf Anteile zu entnehmen, um neue Wohnungsbauten zu schaffen. Es sollen insgesamt 99 Wohnungen und 8 Läden geschaffen werden. Die Baudeputation stimmte den gemachten Vorschlägen zu.

(g) **Wattenscheid, 13. Okt.** **(Keine Klaviersteuer.)** Die Regierung hat die von den Stadtverordneten kürzlich beschlossene Klaviersteuer nicht genehmigt.

(E) **Essen, 8. Okt.** **(Gerichtliches Nachspiel aus der Notgardistenherrschaft.)** Am 28. März vergangenen Jahres begaben sich etwa 40 Notgardisten nach dem Essener Gerichtsgefängnis, verbrannten die Gerichtsakten und Bücher im Gefängnishof und befreiten sämtliche Gefangenen, nur die etwa 200 bei den Straßenkämpfen in Essen gefangenen „grünen" Mannschaften ließen sie im Gefängnis. Von diesen verlangten die Notgardisten unter Vorhalten von Revolvern Wertsachen und Geld. Als Täter wurden u. a. mit Bestimmtheit wiedererkannt der Schachtmeister Alex Lauer und der Bergmann Stanislaus Schwalleck, beide aus Essen. Diese hatten sich wegen Raubes vor dem hiesigen Schwurgericht zu verantworten, von dem sie unter Versagung mildernder Umstände wie folgt verurteilt wurden: Schwalleck zu 5 Jahren und 5 Monaten Zuchthaus, Lauer unter Einbeziehung einer gegen ihn früher erkannten Zuchthausstrafe von 4 Jahren zu einer Gesamtstrafe von 6 Jahren und 3 Monaten Zuchthaus.

Solingen, 13. Okt. **(920 Mark Steuern für Tanzlustbarkeiten.)** Gegen den Beschluß der Stadtverordneten, als gemeindliche Genehmigungsgebühr für Tanzlustbarkeiten neben der Lustbarkeitssteuer von 40 bis 620 Mark an Sonntagen und 150 bis 300 Mk. an Wochentagen den doppelten Betrag der Lustbarkeitssteuer zu erheben — also mit der Staatsstempelsteuer von 20 Mark insgesamt an Steuern und Abgaben für eine Veranstaltung bis zu 920 Mark —, haben die Wirtevereine Einspruch erhoben. Sie machen geltend, daß dieser Beschluß, der einem Verbot der Tanzlustbarkeiten gleichkommt, aus mehrfachen Gründen ungesetzlich sei.

Köln, 13. Okt. **(Millionen-Schwindel.)** Die hiesige Kriminalpolizei hat einen großen Betrug aufgedeckt. Sie verhaftete ein Kaufmannsehepaar, zwei Kaufleute und einen Eisenbahnbeamten, die gemeinschaftlich den Eisenbahnfiskus um etwa eine Million Mark betrogen haben. Die Schwindler gingen derart vor, daß sie mit Hilfe eines Eisenbahnbeamten fingierte Sendungen in die Bahnbücher eintragen ließen, die, da sie in Wirklichkeit nicht aufgegeben waren, ihren Bestimmungsort natürlich niemals erreichten. Da die Bahn für die in Verlust geratenen Sendungen ersatzpflichtig ist, gelang es den Schwindlern wiederholt, sich größere Summen auszahlen zu lassen.

(TU) **Köln, 13. Okt.** **(Die Tuchgeschäfte vor Gericht.)** Zu Beginn des dritten Verhandlungstages wurde Staatssekretär Freund als Zeuge vernommen. Freund sagte über die Tuchgeschäfte aus, daß das erste Geschäft durch den Minister Heine im März, das zweite durch den Regierungskommissar Severing im April genehmigt worden sei. Die Bekleidungszustände bei der Sipo während des Kapp-Putsches und während der Unruhen im Ruhrgebiet werden von dem Zeugen Geheimrat Piesdorf als trostlos geschildert. Die deutschen Preise für Tuche seien zu hoch gewesen. Major Bruer von der Beschaffungsstelle erklärt, er könne englische Tuche bekommen und er — der Zeuge — habe ihm geraten, zuzugreifen. Er habe den Minister am 15. April über das Geschäft informiert. Ueber die Beschaffenheit des englischen Stoffes habe er auf seinen Dienstreisen nur Günstiges gehört; die Offiziere bei der Beschaffungsstelle verdienen nach Ansicht des Zeugen das beste Urteil, vor allem Major Bruer, der ein Ehrenmann sei.

** **Frankfurt a. M., 14. Okt.** **Vor dem Schwurgericht** begann die Verhandlung gegen sechs Mitglieder der anarchistischen Vereinigung, die angeklagt sind, in der Nacht zum 28. März versucht zu haben, das Kulissenhaus der Oper in Brand zu setzen. Angeklagt sind der Schreiner Karl Werner, der Eisenbahnunterassistent Franz Levejohann, der Zimmermann Georg Weber, die Arbeiter Josef Bönner, der Fahrbursche Franz Estenfelder und der Gärtner Adam Mohr. Die Anklage geht davon aus, daß die Angeklagten die Unterstützung des kommunistischen Aufruhrs in Mitteldeutschland bezweckten. Der Angeklagte Estenfelder gab in seiner Vernehmung auch zu, man habe verhindern wollen, daß Reichswehr oder Polizeitruppen von Frankfurt nach Mitteldeutschland geschickt wurden. Der Angeklagte Mohr behauptete, daß die Brandstiftung nur ein Schreckmittel für die Sicherheitspolizei sein sollte. Das Gericht verurteilte wegen versuchter vorsätzlicher Brandstiftung drei Angeklagte zu je 1 Jahr Gefängnis, wegen Beihilfe einen Angeklagten zu 1 Jahr und zwei weitere zu je 3 Monaten Gefängnis. Ein Angeklagter, der erblindet ist, wurde bedingt begnadigt.

Die Völkerbundstagung beendet.

(TU) **Genf, 13. Okt.** Der Völkerbundsrat hat gestern seine letzte Sitzung abgehalten. Man berichtet, daß er sich damit befaßt habe, wie das Gutachten veröffentlicht werden soll. Die Mitglieder des Völkerbundsrates haben Genf gestern abend verlassen.

Die amtliche Mitteilung, die gestern abend nach Schluß der Tagung ausgegeben wurde, vermeidet jede Angabe über die neue Grenze, teilt aber mit, daß sie durch das Industriegebiet geht. Im übrigen gelten die Mitteilungen ausschließlich den Vereinbarungen, mit deren Hilfe die wirtschaftlichen Ungeheuerlichkeiten dieser neuen Grenzführung abgeschwächt werden sollen. Wichtige Bestimmungen beziehen sich auf die Beibehaltung der deutschen Mark als gesetzliches Zahlungsmittel in den an Polen abgetretenen Gebieten, die Eisenbahnfrage, die Wasser- und Elektrizitätsversorgung, die Zollfreiheit für gewisse Produkte von Kohle und Zink und den Schutz der politischen Minoritäten. Alle diese Bestimmungen gelten nur für eine Uebergangszeit, die in den einzelnen Fällen verschieden bemessen ist und höchstens 15 Jahre dauern soll.

Gegen 6 Uhr abends unterzeichneten die Ratsmitglieder das abgeschlossene Protokoll. Gestern abend reiste ein besonderer Kurier nach Paris ab, um Briand das Gutachten zu überbringen.

Zum Genfer Justizmord.

(TU) **Berlin, 13. Okt.** Das Berl. Tgbl. sagt zur Schlußrede des Vorsitzenden der Völkerbundskommission: Wenn der feine, alle Diplomat lächelnd versicherte, der Völkerbundsrat habe seine Aufgabe im Sinne des Rechtes und der Gerechtigkeit gelöst, so muß erklärt werden, daß der Völkerbundsrat mit grenzenloser Oberflächlichkeit und unter vollkommener Mißachtung jeder wahren Rechtsidee sich zum Werkzeug der Gewaltpolitik und der Intrigue gemacht hat und daß von einer Unparteilichkeit in der Entscheidung gar keine Rede sein kann. Ihm meint, man habe in Genf für die Aufrechterhaltung in Europa gearbeitet. Man hat aber in Wirklichkeit die Vorbedingungen eines Friedens vernichtet. Die Tägliche Rundschau sagt u. a., daß die Grundlage des Kabinetts Wirth erschüttert sei. Deutschland wird sich mit dem Genfer Justizmord nie und nimmer zufrieden geben. Es wird sein Recht auch weiterhin mit allen Mitteln verteidigen, die einem Wehrlosen zur Verfügung stehen.

2,27 Gulden für 100 Mark.

(TU) **Haag, 13. Oktober.** Die Gefahr, die Deutschland durch die Entscheidung über Oberschlesien droht, wird hier mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Ein Zeichen dafür ist die Tatsache, daß vorgestern und gestern an der Rotterdamer und Amsterdamer Börse keine Geschäfte abgeschlossen wurden. Die Mark erreichte den bisher noch nicht dagewesenen Tiefstand von 2,27 Gulden für hundert Mark.

Handgranatenexplosion.

(TU) **Wien, 13. Okt.** Das 7. Alpenjäger-Regiment sollte gestern morgen eine Uebung mit Handgranaten auf dem Militärschießstande abhalten. Zu diesem Zwecke sollten gestern früh 300 Handgranaten aus dem Arsenal dorthin gebracht werden. In der Hauptallee beim Eingang in den Krater explodierten die Handgranaten. Der Fahrer wurde getötet und die Pferde in Stücke gerissen. Drei Personen erlitten leichtere Verletzungen. In vielen Häusern in der Kraterstraße wurden die Fensterscheiben zertrümmert und sonstige Beschädigungen angerichtet.

Das gute Recht Deutschlands.

Unter der Ueberschrift „Deutschlands Recht soll abermals verletzt werden", schreibt die sozialdemokratische Essener Arbeiterzeitung zur oberschlesischen Frage:

Ein ungeteiltes Oberschlesien liegt nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern im Interesse Europas, das auf deutsche Arbeit nie verzichten kann. Sollte der Völkerbundsrat mit Rücksicht auf die politischen Absichten einer Verbandsmacht dennoch eine Entscheidung fällen, die den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Europas zuwiderläuft, dann wird diese Lösung nicht ohne Rückwirkungen auf das deutsche Regierungsverhältnis bleiben. Das Kabinett Wirth hat seine Politik der Erfüllung nicht unbegründet auf die Berücksichtigung des deutschen Rechts auf Oberschlesien aufgebaut. Wird diese gute Hoffnung auf unser Recht enttäuscht, dann werden uns zugleich die Möglichkeiten zur Erfüllung der schweren Verpflichtungen genommen, die uns von seiten des Verbandes auferlegt sind. Erst am Sonntag hat Briand eine Rede gehalten, die einen versöhnlichen Anklang hatte. Soll diese Versöhnung gefördert werden, dann ist eine Entscheidung über Oberschlesien notwendig, die dem deutschen Volk die Möglichkeit zum Leben läßt, und die somit die Existenzfähigkeit des Kabinetts Wirth sichert. Stürzt die heutige Regierung über die von seiten des Verbandes gefällte Entscheidung, dann werden nicht nur in Deutschland, sondern in Europa Zustände eintreten, für die die augenblicklichen Machthaber jenseits unserer Grenzen allein die Verantwortung tragen. Aber wir stehen nicht um Rücksichtnahme, sondern wir erheben Anspruch auf unsere Lebensfähigkeit und verlangen unser gutes Recht, das durch die Volksabstimmung in Oberschlesien gekennzeichnet ist.

Bolschewistische Profitwirtschaft.

(ABC) Die Moskauer „Iswestija" veröffentlicht eine Verfügung des Sowjets für Arbeit und Verteidigung zur Wiederherstellung der Schwerindustrie und zur Hebung ihrer Produktivität. Die Verfügung ist absichtlich unklar gehalten, um den eigentlichen Sinn derselben von der breiten Masse der russischen Bevölkerung zu verbergen. Handelt es sich doch in der Verfügung um nichts Geringeres als um die Einführung der verhaßten Profitwirtschaft. Dies wird natürlich nicht offen ausgesprochen, sondern in Punkt 1 ist die Rede von einer Zusammenfassung der größten und leistungsfähigsten Werke eines jeden Produktionszweiges auf „den Grundlagen der wirtschaftlichen Rentabilität." Die geplante Vereinigung hat mit den bekanntlich schon seit langer Zeit bestehenden Fabriksgruppen, wie sie zum Beispiel der Metalltrust „Gomsa" darstellt, nichts zu tun, was schon daraus hervorgeht, daß in der Verfügung die Ausscheidung einzelner Werke aus ihrer bisherigen Vereinigung ebenfalls auf der Grundlage der wirtschaftlichen Rentabilität vorgesehen ist. Die Verwaltung eines solchen auf Rentabilität ausgehenden Trusts soll sich entweder aus den Gliedern der Hauptverwaltung, zu der der betreffende Produktionszweig bisher gehörte, zusammensetzen, oder bei dem betreffenden Gouvernements-Volkswirtschaftssowjet gebildet werden, wobei der Umfang und der Charakter der betreffenden Trusts oder der Unternehmung berücksichtigt werden muß. Die Verwaltung übernimmt das gesamte Inventar und die vorhandenen Vorräte an Halb- und Ganzfabrikaten der zu vertrustenden Einzelunternehmungen. In den beiden Hauptstädten wird die Trustverwaltung vom Präsidium des Obersten Sowjets der Volkswirtschaft, in der Provinz vom Volkswirtschaftssowjet des betreffenden Gouvernements ernannt. Der Staat verpflichtet sich zwar, die geplanten vom Selbstinteresse geleiteten Trusts oder Einzelunternehmungen mit Zahlungsmitteln Verpflegung, Roh- und Brennstoffen nach Möglichkeit zu versorgen. Die Erfahrung hat der Sowjetregierung aber gezeigt, mit welchen Schwierigkeiten eine solche Pflichtversorgung verbunden ist, weshalb denn den Trustverwaltungen gleichzeitig das Recht gegeben wird, selbständig für die Beschaffung von Lebensmitteln, Roh- und Brennstoffen usw. zu sorgen, und zwar darf sie dieselben auch im Auslande einkaufen. Die entstehenden Kosten sind aus den Ueberschüssen des Unternehmens zu bestreiten. Die unter der Kontrolle der Obersten Wirtschaftsbehörden stehende Trustverwaltung ist für die Ausführung des Produktionsprogramms, die Qualität der Erzeugnisse, die Erhaltung des Inventars usw. verantwortlich.

Die in kurzen Worten geschilderte Verfügung ist für die bolschewistische Geistesverfassung außerordentlich charakteristisch. Auf der einen Seite zwingt der durch die bisherige Wirtschaftspolitik hervorgerufene Produktionsverfall zum Aufgeben der kommunistischen Theorie und sogar in einem Grade, daß die Sowjetregierung vor der Wiedereinführung der Profitwirtschaft nicht zurückschreckt. Andererseits kann sie aber gewisse Parteihemmungen nicht überwinden und behält sich ein gewisses die Produktion überaus störendes Kontrollrecht durch ihre obersten Wirtschaftsorgane vor. Der praktische Erfolg einer solchen Halbheit ist natürlich der, daß das kommunistische Prestige immer mehr leidet, ein tatsächlicher Wirtschaftserfolg hinsichtlich einer erhöhten Produktion aber ausbleibt.

Gegen die Bauernhetze.

Der Reichs-Landbund und der Brandenburgische Landbund haben sich mit nachstehendem Plakat an allen Litfaßsäulen Groß-Berlins an die großstädtische Verbraucherschaft gewandt. Die Ueberzeugungskraft dieser sachlichen Aufklärung hat, wie wir hören, wesentlich zu einer Entspannung der künstlichen Erregung gegen die Landwirtschaft beigetragen. Je weitere Volkskreise ein sachliches Urteil über die wirtschaftlichen Zusammenhänge der Lebensmittelteuerung erhalten, desto schneller und wirksamer kann die Abhilfe an der rechten Stelle erfolgen. Das Plakat hat folgenden Wortlaut:

Brotteuerung!

Man wirft den Landwirten vor, an der Verteuerung des Getreides und des Brotes schuld zu haben. Das ist nicht wahr! Die Landwirtschaft ist auf die Getreidepreise und auf die Brotpreise ohne Einfluß! Für das zwangsweise abzuliefernde Getreide bestehen gesetzliche Preise, die von der Regierung auf Grund der Berechnungen der unparteiischen, amtlicherseits einberufenen „Indexkommission", in der Erzeuger und Verbraucher paritätisch vertreten sind, durch Verordnung vom 4. Juli 1921 festgesetzt wurden. Auf die Preise für das übrige Getreide — das „freie" Getreide — hat die Landwirtschaft keinerlei Einfluß. Diese werden gebildet durch die Produktenbörse auf Grund der Weltmarktlage und nach dem Stande unserer Valuta. Dies dient dem Handel beim Einkauf des Getreides zur Grundlage. Die Erhöhung des Markenbrotes um 40 Prozent des vorjährigen Brotpreises ist vom Reichstags-Ausschuß beschlossen worden. Der Brotpreis des vorjährigen Wirtschaftsjahres konnte deshalb niedriger gehalten werden, weil das Reich einen Zuschuß von 10½ Milliarden Mark zur Verbilligung des Brotes zuzahlte. Dieser Zuschuß von 10½ Milliarden Mark muß durch Steuern aufgebracht werden. In diesem Jahre kann das Reich bei seiner Finanzlage einen solchen Zuschuß nicht mehr geben. Für das Vierpfund-Brot werden 1672 Gramm Roggen gebraucht. Dafür erhält der Landwirt 3,51 Mark. Alles weitere, was die Verbraucher über diesen Betrag für das Markenbrot (6,95 Mark) zahlen müssen — das sind in Berlin 3,44 Mk. — fällt, abgesehen von den notwendigen Herstellungs- und Transportkosten, der öffentlichen Bewirtschaftung zur Last. Die Vorwürfe gegen die Landwirte als Getreide- und Brotwucherer sind daher unberechtigt.

Der Pilz als Nahrungsmittel.

Bei der allgemeinen Knappheit an Nahrungsmitteln hat der Genuß von Pilzen erhöhte Bedeutung gewonnen — mit Recht, denn der Pilz bildet eine nicht teure, gesunde und wohlschmeckende Nahrung. Die Vorurteile, die gegen den Genuß von Pilzen herrschen, insbesondere die Anschauung, daß es viele giftige Pilze gäbe, sind unberechtigt. Als wirklich giftig anerkannte Pilze kommen nur wenige Arten in Betracht. Dies sind besonders der Knollenblätterpilz, der Fliegenpilz, und seine bräunliche Abart, der Königsfliegenpilz, der Speitäubling (Speitaufel), der Birkenreizker, der Satanspilz, der Kartoffelbovist. Daneben gibt es eine Anzahl anderer Pilze, die als ungenießbar zu bezeichnen sind, weil sie ohne Wert sind und schlecht schmecken; giftig sind sie nicht. Es kommt beim Sammeln und beim Einkauf von Pilzen also in erster Linie auf die Unterscheidung giftiger und ungiftiger Pilze an. Die Untersuchung ist oft nicht leicht, zumal, da die Pilze fast alle ihre Doppelgänger unter den nicht giftigen, zum Teil gerade unter den hochwertigsten haben. So sehen sich Steinpilz und Satanspilz häufig ähnlich, besonders von oben besehen. Sie sind aber ohne weiteres dadurch zu unterscheiden, daß der Steinpilz in der Jugend weiße, bei fortgeschrittener Reife grüne Röhren hat, der Satanspilz dunkelblutrote. Der Speitäubling (Speitaufel) gleicht dem hier sehr viel angebotenen roten Speisetäubling so, daß sie im Aussehen kaum zu unterscheiden sind. Hier muß die Geschmacksprobe an rohen Pilzen gemacht werden. Der Speitaufel schmeckt in rohem Zustande pfeffrig brennend, während der Speisetäubling einen guten, nußartigen Geschmack hat. Der außerordentlich gefährliche Knollenblätterpilz kann mit dem hochwertigen Champignon bei oberflächlicher Betrachtung verwechselt werden. Als Unterscheidungsmerkmal beachte man die Lamellen, die beim Champignon anfangs rosa, später braun, selbst schwarz, beim Knollenblätterpilz weiß sind; der Stiel des Knollenblätterpilzes hat unten eine plötzlich ansetzende dicke knollige Knolle mit häutiger Scheide. Auf dem Hut befinden sich häufig weißliche Fetzen. Eine weiße Kugel bilden in der Jugend der eßbare Bovist, der giftige Kartoffelbovist und die nicht giftige, aber ekelhaft riechende Stinkmorchel. Der nur in der Jugend eßbare Bovist ist innen weiß (später enthält er ein grünschwarzes Pulver), der giftige Kartoffelbovist ist gleichfalls in der Jugend weiß, wird aber sehr bald blauschwarz und fühlt sich hart an, der Inhalt der Stinkmorchel ist zum Teil gallertartig. Der prächtig aussehende rote Fliegenpilz mit seinen weißen Tupfen ist wohl allgemein bekannt. Auf den Märkten ist eine Kontrolle durch Sachverständige natürlich sehr schwer. Was nach dieser Richtung hin möglich ist, geschieht durch die Marktpolizeibeamten; es ist aber unmöglich, daß diese sich jeden einzelnen der zum Markte gebrachten Pilze ansehen oder gar Geschmacks- oder Geruchsproben vornehmen können. Eine Verantwortung kann die Marktpolizei daher nicht übernehmen. Nach den obigen Ausführungen wird aber der Käufer unschwer selbst eine Prüfung vornehmen können. Das im Volke verbreitete Mittel, das Vorhandensein von Giftpilzen im Kochtopf durch Hineinstecken eines silbernen Löffels oder einer Zwiebel, die blauschwarz anlaufen sollen, erkennen zu wollen, ist gänzlich zu verwerfen. Es gibt gute Pilze, die den Löffel anlaufen lassen, giftige, bei denen diese Erscheinung nicht eintritt. Der Käufer beachte beim Kauf, daß er nur frische, gesunde, feste, trockene, junge Pilze annimmt, wässerige, madige, weiche und matschige, sowie zu weit entwickelte aber zurückweist. Es ist außerdem sein Vorteil, wenn er sich nur tadelloses Material verabfolgen läßt, denn die Pilze, die sich in dem eben genannten schlechten Zustande befinden, müssen in den Mülleimer wandern, und das Geld dafür ist umsonst ausgegeben. Rücksichtslose Energie gegen die Verkäufer ist des Käufers Pflicht. Üble Erscheinungen nach dem Pilzgenusse kommen häufiger dadurch, daß man alte, bereits in Zersetzung übergegangene Pilze gegessen hat, als daß es Giftpilze waren. In dieser Beziehung kann sich das Publikum selbst am besten schützen. Für den Haushalt sei noch bemerkt, daß man Pilze nicht erst lange liegen läßt, sondern sie frisch verbraucht. Auch soll ein Pilzgericht nicht aufgewärmt werden. Bei etwaigen Uebelkeitserscheinungen (Brechreiz, Leibschmerzen, Schwindel, Durchfall) rufe man sofort einen Arzt. Vor seiner Ankunft empfiehlt es sich, durch Brech- und Abführmittel Magen und Darm schleunigst zu entleeren.

Ein Mordprozeß

fand vor dem Schwurgericht Berlin II gegen die 36jährige Frau Elisabeth Hemberger und deren Neffen, den 23jährigen Kaufmann Walter Protze, wegen der am 11. Dezember 1918 erfolgten Ermordung des Ehemannes der Frau Hemberger, Oberlehrers Dr. Hemberger und gegen die 24jährige Frau Frieda Weise wegen Beihilfe statt. Dr. Hemberger, der als Geistlicher aus der katholischen Kirche ausgetreten war, war 25 Jahre älter als seine Gattin. Die Ehe war zuletzt sehr unglücklich. Frau Hemberger zog von ihrem Ehemann fort. Walter Protze soll zu seiner Tante in näheren Beziehungen gestanden haben. Frau Hemberger hat nach der Anklage Protze angestiftet, ihren Ehemann zu erschießen. An dem erwähnten Dezembertage des Jahres 1918 ist Dr. Hemberger dann tatsächlich durch Revolverschüsse von Protze getötet worden. Die Leiche wurde zerstückelt und von Protze ins Wasser geworfen. Als einige Zeit später in Grünau die Leiche eines Selbstmörders gefunden wurde, bezeichnete Frau Hemberger diesen Toten als ihren bisher als vermißt gemeldeten Ehemann. Durch ein später von Protze abgelegtes Selbstbekenntnis kam dann der wahre Hergang an den Tag, und es wurde gegen die erwähnten drei Personen die Anklage erhoben. Das Gericht verurteilte Frau Hemberger zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis unter Anrechnung von einem Jahr drei Monaten Untersuchungshaft. Das Gericht hat die von ihr ausgeübte Begünstigung für so gräßlich erachtet, daß es bedauerte, daß das Höchstmaß, welches der Gesetzgeber für die Begünstigung festgesetzt hat, ein Jahr Gefängnis beträgt. Protze wurde mit Rücksicht darauf, daß er noch jung und unbestraft und schwer psychopatisch ist, zu fünf Jahren Zuchthaus, unter Anrechnung von einem Jahr vier Monaten auf die Untersuchungshaft, Frau Weise zu einem Monat Gefängnis unter Zubilligung einer Bewährungsfrist bis 1. November 1924 verurteilt.

Aus aller Welt.

— **Notruf einer rheinischen Frau.** Die „Frankfurter Zeitung" veröffentlicht ein Schreiben einer deutschen Frau aus dem besetzten Gebiet, aus dem hervorgeht, wie familienzerstörend die Beschlagnahme der Wohnungen und Haushalte wirkt und wie nervenzerrüttend es für die Frauen ist, im eigenen Hause nur geduldet zu werden. „Wie lange müssen wir noch heimatlos sein im eigenen Heim? Nun sind es nahezu drei Jahre, daß wir deutschen Frauen unter den quälenden Zuständen der Besetzung leiden. Wir sind Fremde im eigenen Heim, in das man uns Familien hineinsetzt, die darin nach eigenem Gutdünken schalten und walten, und denen wir prompt alle Wäsche, die Bett-, Tisch- und Küchenwäsche — kurz, was man außer der Leibwäsche zum Haushalte benötigt, zu stellen, zu waschen und in Ordnung zu halten haben. Ich frage hier einmal: Was haben wir Frauen denn verschuldet, daß wir nun die Haushälterinnen dieser Familien sein müssen? Ist das der Friede, um den wir Frauen in stillen Nächten zu Gott beten? Sind gerade wir Frauen dazu auserlesen, weiter zu leiden, wenn die Welt wieder anhebt, freier zu atmen? Was ist denn überhaupt die Welt, das Leben, wenn wir nicht ein Plätzchen haben, das uns gehört, uns Frauen ganz allein, wohin niemand kommen darf, den wir nicht wünschen. Wo wir unsere Freude hinausjubeln, unsern Schmerz beweinen können." Dieser Notschrei spricht Bände. Hoffentlich werden ihn auch jene hören und verstehen, die vor allem in der Lage sind, dieses Leid zu mildern. Allerdings — das bisherige Verhalten der französischen Besatzungsbehörden läßt nur geringe Hoffnung, daß künftig diese Stellen mehr Rücksichten üben werden.

— **Die Post kennt ihre eigenen Wertzeichen nicht.** Unter dieser Spitzmarke schreibt der „Mainzer Anzeiger" in der Nr. 174 vom 29. Juli. „Aus unserem Leserkreis wird uns geschrieben: Die ersten neuen deutschen Postkarten kamen am 24. Juli auf dem Philatelistentag zur Ausgabe. Die eingedruckte 30-Pfg.-Marke hat grüne Farbe, trägt am Kopf die Ziffer 30, unten die Inschrift „Deutsches Reich". Das Mittelstück zeigt einen reitenden Postillon mit Posthorn. Die Marke ist so eigenartig, daß die hiesige Post sie als Wertzeichen nicht anerkannt hat und richtig mit Zusatzporto frankierte derartige Karten mit Strafporto belegt hat. Ein derartiges Belegstück (einwandfrei) ist in meinen Händen und kann jederzeit vorgelegt werden."

— **Wieder Spaziergänger im Salzkammergut verschwunden.** Die Zahl der Fälle, in denen junge Spaziergänger im Salzkammergut ohne irgendwelchen Anlaß verschwinden, mehrt sich. Nachdem erst in den letzten Wochen der 22jährige Student Alexander, zwei Tage später der 21jährige Bankbeamte Fischer, um die gleiche Zeit der 22jährige Postbeamte Noskajschitz von ihren Spaziergängen nicht mehr heimgekehrt waren, wird jetzt in St. Wolfgang der 17jährige Gymnasiast Karl v. Rhorg seit einem Ausflug vermißt. Seit Samstag ist die 21jährige Hausgehilfin Pottinger in Aussee, die ebenfalls einen Spaziergang unternommen hat, verschwunden. Die Behörde ist bemüht, endlich hinter das Geheimnis dieser Vorgänge zu gelangen. Mehrere Kriminalbeamte halten sich zurzeit als Kurgäste und Ausflügler in der Gegend auf, um nähere Nachforschungen über den Verbleib der Verschwundenen anzustellen.

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Zur Eröffnung der neuen Lesehalle.

Edel, hilfreich und auch gut
Sei der Mensch vor allen Dingen!
Doch so oft fehlt uns die Kraft,
Dieses Kleinod zu erringen.

In der Menschheit Höhen gehn
Auf der Tugend steilem Pfade,
Dazu helfe uns der Herr
Mit dem Lichte seiner Gnade.

Lest das, was schön und gut,
Forscht nach Edlem, Wahrem alle,
Daß ein Segen werd' für euch
Bücherei und Lesehalle.

Rehuß, Kamen.

2. Oeffentliche Quittung.

Dem Oberschlesier-Hilfswerk überwiesen weiter: Arbeiter-Radfahrer-Verein Bergkamen 68 Mark; Zahlstelle des Bergarbeiter-Verbandes Kamen II 1017,75 Mark; Freiwillige Feuerwehr Bergkamen 322 Mark; Gewerkverein H.-D. Bergkamen 263 Mark; Sa. 1670,75 Mark. Eingegangen waren bereits 2433 Mark, sodaß bis jetzt insgesamt 4103,75 Mark für das Oberschlesier-Hilfswerk eingegangen sind. An die Kasse des Kreisamtes für Wohlfahrtspflege ist heute die zweite Rate mit 1670,75 Mark abgeführt worden. Dank allen Gebern für die tätige Mitarbeit.

Bergkamen, den 11. Oktober 1921.

Mehlhoff, Amtssekretär.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Kamen.

Sonntag, 16. Okt. Paulskirche, 10 Uhr: Pastor Gieseking. — Lutherkirche. 9 Uhr: Pastor Kochs. 11¼ Uhr: Kindergottesdienst, Pastor Ewald. 3 Uhr: Dienstag 4¼ Uhr: Kirchentaufen, Pastor Kochs. Mittwoch 8 Uhr: Bibelabend, Pastor Philipps.

Ev. Gemeinde Bergkamen-Nordberg.

Sonntag, 16. Okt. 9¾ Uhr: Festgottesdienst (Einführung von Pastor Elger). 11½ Uhr: Kindergottesdienst. 2 Uhr: Kirchentaufen. 3 Uhr: Festversammlung im Wohlfahrtsgebäude zu Schönhausen. Mittwoch 8 Uhr: Bibelstunde.

Apostolische Gemeinde.

Sonntag vorm. 9½ Uhr. Sonntag abends 8 Uhr. Mittwoch 8 Uhr.

Fünfzig Jahre Continental. Deutschlands größtes Gummiwerk, die Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Compagnie, Hannover, sah am 8. Oktober d. J. auf ein fünfzigjähriges Bestehen zurück. Die Continental gehört zu den verarbeitenden Gewerben, sie erzeugt aus fremdländischen Rohstoffen deutsche Fertigwaren. Daß sie zu den bedeutendsten Gummiwerken der Welt zählt, ist ein vollgültiges Zeugnis für deutsches technisches Können. Im Jahre 1871 mit einem Aktienkapital von 300 000 Reichstalern gegründet, beschäftigte das Werk anfangs 200—300 Arbeiter. Bis jetzt ist das Aktienkapital auf 54,6 Millionen gestiegen, und die Gesamtzahl der Werkangehörigen beträgt weit über 12 000. Herr Geheimer Kommerzienrat Seligmann, der heutige älteste Direktor des Werkes, ist bereits seit 1876 darin tätig. Er hat die ganze Entwicklung der Continental miterlebt und geleitet. Ihm zur Seite standen die verstorbenen Direktoren Adolf Prinzhorn und Dr. Gerlach. Seit fast zwei Jahrzehnten gehört auch Herr Willy Tischbein dem Vorstand der Continental an. Die Continental fertigte von Beginn ihres Bestehens an Weichgummiwaren, namentlich für technische Zwecke. Nach und nach dehnte sich ihr Tätigkeitsbereich aus auf: Ballon- und Fluggenstoff, Regenmäntel, Tennisbälle, Fußballblasen, Gummiabsätze usw. Das Aufnehmen der Fahrrad- und Kraftwagenreifenfertigung verhalf ihr seinerzeit zu sehr schnellem Wachstum. Es gelang ihr durch Beteiligung an sportlichen Wettkämpfen ihren Continental-Reifen Weltruf zu erwerben; denn der Sportkampf erwies die Güte ihrer Reifen. — Direktor Tischbein, als Sportmann sehr bekannt, befaßte sich hauptsächlich mit der Einführung der Continental-Reifen. Das fünfzigste Jahr des Bestehens der Continental schließt mit zwei wichtigen technischen Fortschritten ab: dem Continental-Cordreifen und dem Continental-Riesenluftreifen. Durch diese grundlegenden Neuerungen der Reifentechnik sichert sich die Continental wieder auf lange den alten Rang eines führenden Welthauses der Gummiindustrie. Die Continental kann mit Stolz auf die Leistungen ihres ersten halben Jahrhunderts zurückblicken, sind da ihre Erzeugnisse in allen Weltteilen verbreitet sind, ist gereicht das Wirken der Continental der gesamten deutschen Industrie zur Ehre.

Statt Karten.

Ihre Vermählung beehren sich anzuzeigen

August Müller
Luise Müller
geb. Knieper.

Kamen, den 14. Oktober 1921. 4364

Kamener Lichtspiele

Vornehmste Lichtbildbühne am Platze.
Weststraße 20. Telephon 396.

Programm ab Freitag bis Montag:

Hans Breitensträter,
der deutsche Schwergewichtsboxer, in seinem ersten und größtem Film:

Der Held des Tages

7 Akte. 7 Akte.

Der große Sensations- und Detektivfilm läuft in ganz Deutschland mit überall ausverkauften Häusern und stürmischem Beifall. Die größte Sensation, die geboten wird.

— 2. —

Buffalo und Bill

Abenteuer- und Sensationsfilm in 2 Episoden zu je 5 Akten.
Erste Episode:

„Die Abenteuerin"
Verfolgungen auf Leben und Tod.

Beachten Sie bitte unser vorzügliches erstklassiges Orchester.

Voranzeige!

Ab Dienstag der gewaltige Abteilungsfilm:

Mit Büchse u. Lasso

Für die Mittagschicht findet die Wochentags-Vorstellung jeden Donnerstag morgen 9³⁰ statt. 4372 Aenderungen vorbehalten.



Schützen-Verein Lerche.

Rechnungslage

4361

Sonntag, den 16. d. Mts., nachm. 5 Uhr, beim Wirt Schüttmann.

Der Vorstand.



Achtung!

Freitag und Samstag prima fettes

Fleisch.

H. Jühe, Kamen,
Schillstraße 1, Telephon 274.

Tüchtigen 4338

Großstück-Arbeiter

auf Tarif 1, Stundenlohn 8.00 Mk., sucht
Emil Simon, Methler,
Maßgeschäft moderner Herrenbekleidung.

Schreiner

4359

zum Einsetzen von Türen u. Fenstern für eine Siedlung in Bergkamen gesucht.
Ang. Weber, Baugeschäft, Dortmund.

Ordentliches

Lehrmädchen

gesucht. 4378
Frau Eumann, Markt 23.

Sauberes zuverlässiges

Mädchen

im Alter von 15—17 Jahren sofort gesucht.
Zu erfr. in der Gesch der Kamener Zeitung.

Zum 1. November ein ordentliches

Mädchen

für Haus- und Landwirtschaft gesucht. 4341
Zu erfr. in der Gesch. dieser Zeitung.

Suche für sofort ein junges 4349

Morgenmädchen.

Bahnhofstraße 42.

Zuverlässiges, sauberes

Morgenmädchen

sofort gesucht. 4363
Frau Kogelheide, Dortmunderstr. 89.

Wirtsch. Vereinigung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, Ortsgruppe Kamen.

Sonntag, d. 16. Oktober, nachmittags 4 Uhr,
bei Rieder am Markt:

Große öffentl. Versammlung.

Thema: Soziale Fürsorge und das Arbeiten der amtlichen Fürsorgestellen.

Referentin: **Frau Ida Schreyer, Leipzig,** Vorsitzende des deutschen Einheitsverbandes Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener, Abt. Hinterliebene.

Kameradin Schreyer steht von Anfang an in unserer Bewegung, ist mit der Materie aufs beste vertraut und nimmt teil an den Verhandlungen mit den zuständigen Ministerien und den Hauptfürsorgestellen.

Pflicht eines jeden Kriegsopfers ist es, die Gelegenheit zu benutzen und Aufklärung zu holen. Jeder andere ist herzlich zu dieser Versammlung eingeladen, um ein Bild über die Notlage der Kriegsopfer zu bekommen. Zur Deckung der Unkosten werden 1 Mk. Eintritt erhoben.

4356 **Der Vorstand.**

Blinden-Konzert

am **Samstag, den 15. Oktober 1921, abends 8 Uhr,** im Saale des Herrn Fr. Hausemann, unter gütiger Mitwirkung Fräul. Marie Hahn, Violinvirtuosin, Kamen.

Karten sind noch abends an der Kasse zu haben.

4377 **Die Konzertgeber.**

Deutsche Volkspartei

Heute, Freitag abend 8½ Uhr

Diskussions-Abend

bei Bergheim. 4357

Achtung!

Am **Samstag, den 15. Oktober,** veranstaltet der **Bandoneonklub „Frohsinn"** bei Herrn Wirt Max Felske, Oststraße, einen



gemütlichen Ball.

Anfang 5 Uhr.

Gute Musik. Spiegelglatter Saal.

4362 **Der Vorstand.**

Gardinen und Stores

Grosse Auswahl und Lager
— Billige Preise —
Sils & Behrenswerth
Dortmund Hansastrasse 86, I Toreingang. 4227

Asthma-

leidenden empfehlen wir unseren Wörishofener Original Asthmatee. 3061

Allein echt: Wörishofener Naturheil-Werke, Elberfeld. Niederlage: Drog. H. P. Thiel, Kamen, Westf. Oststr. 21, Hellweg-Drog. J. Knipping in Rünthe.

Runkeln

empfiehlt zu billigsten Tagespreisen. 4365
Josef Kefenbaum, Nordstr. 35.

Eine guterhaltene

Geige

zu verkaufen. 4366
Wo, sagt die Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Geschäft

zu kaufen oder **Lokal** zu mieten gesucht.
Offerten unter **W. L. 4369** an die Geschäftsst.

Zwei ordentliche Leute finden 4340
Kost und Logis
Wo, sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Haus- u. Grundbesitzerverein Kamen e. V.

General-Versammlung

Sonntag, den 16. Oktober 1921, abends 7½ Uhr,
beim Wirt W. Kümper, Rathaus.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung über die Tagung des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzervereine (Sitz Spandau) in Köln vom 6.—9. August d. J.
   a) Was muss von einer Neugestaltung der Mieterschutzgesetzgebung verlangt werden. Ref.: Rechtsanwalt Stern, Düsseldorf.
   b) Die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen und die Wege zu ihrer Befreiung. Referent: Stadtbaurat Diefenbach, Bochum.
2. Berichterstattung vom Provinzialverband der westfälischen Haus- und Grundbesitzervereine zu Münster vom 25. September d. J. in Unna.
3. Feuerversicherung von 1914 und dem heutigen Stand. Policen mitbringen.
4. Mitteilung der Kommission betreffs Mietserhöhung, Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder.

Der Wichtigkeit dieser Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen.

Ausserdem sind sämtliche Haus- und Grundbesitzer, auch Nichtmitglieder und Damen, freundlichst eingeladen.

4360 **Der Vorstand.**

Perleberger Versicherungs-Aktien-Gesellschaft.

Viehversicherungen in jeder Form.

Weitgehendster Versicherungsschutz, sowie Deckung in jeder gewünschten Art.

In allen Abteilungen nur feste angemessene Prämien.

Züchtern wird besonders die

Versicherung der Stuten

und deren Leibesfrucht kurzfristig oder auf Jahresdauer empfohlen. Auskunft erteilt 4256
Vertreter **Landwirt Heinrich Wiesmann, Overberge.**
General-Agent **Walter Happke, Dortmund, Kaiserstraße Nr. 31, Telephon 7501.**

Rotkohl

(feste Köpfe) in jeder Menge, per Zentner 4370
65.— Mk., hat abzugeben

Peter Kamp,
Bahnhofstr. 23 Telephon 265.

Die Vereinigung ehemal. Kriegsgefangener
Ortsgruppe Kamen und Umgegend
begeht am **Sonntag, 16. Okt.,** im Lokale des Wirts Reinhard (Schützenhof) sein diesj.

Herbst-Fest

bestehend in **Theater und Ball.**

Kassenöffnung 4½ Uhr. Anfang 5 Uhr.

Eintrittspreise: Für Herren 5 Mk., für Damen 4 Mk. für Mitglieder durch Vorzeigen der Mitgliedskarte 2 Mk. eine Dame frei. 4374

Zum zahlreichen Besuch ladet ergebenst ein
Der Vorstand.

Mondamin

zu Flammeri und Pudding
zum Verdicken von Saucen
zu Suppen für Kinder u. Kranke
zum Backen von Kuchen

! Die Mondamin-Gesellschaft ist ein rein deutsches Unternehmen! !

Mehrere Maurer und Handlanger

für Neubau sofort gesucht. 4355

Baugeschäft C. Asche, Kamen
Nordenmauer 37.

Den Versicherungsnehmern der „Thuringia" 4358

Versicherung für Feuer, Leben, Diebstahl und Haftpflicht

mache ich bekannt, daß ich nach der **neuen Kolonie am Hindenburgplatz am Westenborn Nr. 13** verzogen bin.

Max Präkelt.



Ueber und unter Tage.

Ein Roman aus bewegter Zeit am Niederrhein von Hermann Noruschat

Amerikanisches Copyright by Hermann Noruschat, Duisburg 1921. 6. Fortsetzung.

(Alle Rechte vorbehalten.)

6. Kapitel.

In den abenddunklen Wald warfen die elektrischen Kronleuchter des Vergnügungslokals an der Dinkelburg-Speldener Grenze blendende Lichtstreifen hinaus. Einschmeichelnde Weisen eines Streichorchesters lockten die von allen Seiten zu Fuß und mit den Straßenbahn eintreffenden Ausflügler an.

„Fünf-Uhrtee mit Tanz. Beginn 6 Uhr", prangte ein großes Plakat an der Glastür des Saales.

„Er steh", sagte laut ein elegant gekleideter junger Mann, der einem von Dinkelburg kommenden Straßenbahnwagen entstiegen und dem Strom der jungen, lebenslustigen Menschen gefolgt war. „Ei sieh, schon um 6 Uhr beginnt der „fibe o'clock". Ist wohl eine spezielle Dinkelburger Erfindung. — Na, denn man rinn ins Vergnügen."

Damit betrat er den Saal, von der Industrieluft jungen und jüngsten Datums neugierig gemustert. An den Tischen des Vorsaals und rings um den Tanzsaal saßen die Pärchen; die Herren, zum Teil sehr jung, dazwischen aber auch einige ältere Semester, die den „Heiratsmarkt" — diese Bezeichnung hatte der Fremde schon von einer witzigen Straßenbahnschaffnerin gehört — besuchten. Die Damen schienen den verschiedensten Gesellschaftsständen und Altersstufen anzugehören. Weiß und Sekt perlten in den Gläsern, lautes Lachen girrte lockend durch den Raum. Auf den Gesichtern stand die Lust nach ungehemmtem Lebensgenuß. Tagsüber hatte man sich mehr oder minder hinter dem Ladentisch, im Kontor oder am Telephon geplagt. Nicht Freude am Schaffen, sondern des Lebens hartes Muß war die Triebfeder im Tagewerk, noch häufiger aber die kalte Gier nach Gewinn. Jetzt aber wollte man den Ernst vergessen im Taumel des Genusses für einige Stunden versinken. Draußen fuhr durch die kahlen Bäume wehklagend der Wind, sang ein Lied von Not und Elend, von darbender Kinder Not, von des Volkes Niedergang. Die tanz- und weinfrohe Menge hörte das Lied nicht.

Der Fremde hatte an einem Extratischchen Platz genommen, klemmte das Einglas ein und musterte kritisch den im Tanzraum lustwandelnden Damenflor.

„Ganz rassige Mädells darunter", murmelte er wohlgefällig; „so ganz geeignet, den gehetzten Egon Gumpert für einige Stunden zu zerstreuen."

Eine Flasche Wein bestellend, räkelte er sich behaglich auf seinem Stuhl. Das war doch etwas anderes, als in der Welt umherzufahren und nach dem Durchbrenner, der Lisa, zu suchen.

Sturmwind.

Sturmwind fegt durchs deutsche Land,
Alles Morsche, das er fand,
Jagt er durch die Gassen,
Nur was wurzelecht und stark
Und gesund bis in das Mark
Will er stehen lassen.

Sturmwind ist des Kriegers Kind,
Blut und Tod Gevatter sind,
Pfeift wie Kugelsausen;
Geht zu Leib dem hohlen Schein
Macht die Lüfte wieder rein,
Rein mit frischem Brausen.

Sturmwind, Sturmwind, blas durchs Land,
Blase fort den fremden Tand
Fort für alle Zeiten!
Laß das Echt nur gedeihn,
Echt und deutsch muß alles sein,
Deutsch in Ewigkeiten!

Josef Huggenberger
(Deutsche Worte Nr. 3, Verlag Schöpflig).

Scheußlich, dieses Nachforschen; man kann ja nicht zur Ruhe und hatte doch keinen Erfolg. Wo nur das Mädel mit den Bildern geblieben sein mochte? — Na, heute wollte er sich nicht damit abquälen, zumal er ja den verdächtigen Brief Dehrenbachs in der Tasche hatte. Ein Kinderpaar trat unter die festfrohe Menge. Der Knabe bot mit welker Hand Zigaretten dar, während sein Schwesterchen grellfarbige „Künstlerkarten" feil hielt.

„Stück eine Mark", piepte die Mädchenstimme.

Lachend nahmen einige Gäste dem Kinde mehrere Karten ab. Ein Kellner aber eilte hinzu und wies die kleinen Händler hinaus.

Die Musik setzte zu einem Fortrott ein, und bald wiegten sich die Paare auf dem spiegelglatten Parkett. Auch Egon Gumpert erhob sich, blickte musternd umher und schritt dann auf eine allein bei ihrem Tee sitzende elegante Dame zu.

„Gestatten, darf ich die Ehre haben?"

Sie lächelte bejahend und bald trotteten beide ebenfalls durch den Saal. Gumpert bot seine ganze Unterhaltungsgabe auf, um von seiner Tänzerin etwas über die Ortsverhältnisse zu erfahren. Sie sah ihn mit eigenen Blicken an.

„Sie sind wohl fremd hier", meinte sie.

„Allerdings", bestätigte Gumpert.

„Und was führt Sie wohl her, wenn ich fragen darf?"

„Geschäfte", erwiderte Gumpert. „Ich bin nämlich Sammler und suche Kuriositäten und Kunstgegenstände."

Er wunderte sich selbst über seine Antwort. Doch ein gewisses Gefühl sagte ihm, daß er auf diese Art vielleicht irgend etwas von Lisa und den Bildern erfahren könnte.

„So, Sie sammeln?" meinte seine Gesellschafterin, mit der er inzwischen Platz genommen hatte. „Vielleicht könnten wir ein Geschäft miteinander machen."

„Womit denn?" wollte Gumpert wissen.

„Ach, ich habe da so einige Bilder, die Ihnen vielleicht gefallen."

Gumpert horchte auf. Bilder? Es sollte auf einen Versuch ankommen. Er ließ sich die Adresse der Dame geben und versprach, sie am nächsten Tage aufzusuchen. Dann verplauderten und vertanzten sie den Abend und schieden als gute Freunde.

Als Gumpert seine neue Freundin am nächsten Tage in Niederhausen aufsuchte, empfing Sie ihn lachend.

„Vor dem Geschäft darf ich Sie doch zu einer Tasse Tee einladen?"

Gumpert nickte und musterte die Zimmereinrichtung. Er stutzte und trat näher zur Wand, um ein Bild in Augenschein zu nehmen. Mit einem Ruck wandte er sich zu dem Fräulein.

Mancherlei.

— **Indische Webekunst.** Bevor die Mohammedaner in Indien eindrangen, kannte man dort gar keine genähte Bekleidung. Alle Kleidungsstücke, selbst die Kopfbedeckungen wurden getragen, wie sie vom Webstuhl kamen, d. h. in Form von Binden — bald groß und breit, bald klein und schmal, je nachdem sie nur einen Teil oder den ganzen Körper zu überwinden hatten. Noch heutigen Tages wird von sehr vielen Hindus der Gebrauch der genähten Kleidungsstücke für ein Laster angesehen, schlimmer als das Branntweintrinken. Auch die Hindufrauen halten die Unterbekleidung, Hemden, Unterröcke usw. keineswegs allgemein für notwendig, und Damen von Rang, welche diese angenommen haben, legen sie im Hause meist ab, immer jedoch beim Beten — dies hat wohl die Webekunst in Indien zu einer Höhe gebracht, von der wir uns nur schwer einen Begriff machen können. Ihre Webereien sind geradezu märchenhaft — aber sie nehmen auch nicht unser Material zum Weben ihrer feinen Sachen, weder Flachs, noch Baumwolle oder Seide; aus Daunenfedern und dem feinsten Ziegenhaar machen sie ihre Garne, und nicht bloß hinsichtlich der Feinheit, auch in Bezug auf Dauerhaftigkeit sind ihre Fäden noch unübertroffen. Im Jahre 1862 befanden sich auf der Londoner Ausstellung Dacca-Garne, von denen 1 Pfund 250 englische, also 62½ deutsche Meilen lang war. Die feinsten indischen Webereien werden in ausgehöhlten Bambusröhren transportiert; eine solche Röhre von 18 Zoll Länge und 1 Zoll Durchmesser enthält ein Stück Zeug von 68 Quadratfuß. Ein persischer Gesandter verehrte seinem Schah eine kleine Kokosnußschale, die er aus Indien mitgebracht hatte. In dieser lag eine 90 Fuß lange Turbanbinde. Die indische Weberei ist Handweberei auf verhältnismäßig sehr einfachen Webstühlen — die Frauen spinnen dies wunderbare Garn — die Männer verweben es.

— **Die Katastrophe von Oppau und das Wetter.** Wilhelm Krebs von der Holsteinischen Wetter- und Sonnenwarte Schnelsen schreibt der „Frankf. Ztg.": Am Morgen des Unglückstages (21. September, wurden viele der Obdachlosen aus der unzureichenden Unterkunft durch empfindliche Kälte fortgetrieben. Tatsächlich war dieser Septembermorgen 1921 der kälteste Deutschlands. Breslau verzeichnete mehr als 3 Grad Kälte. Von Kassel, Melsungen und anderen Orten Westdeutschlands wurden Frostschäden gemeldet. Dieser Temperatursturz war deutlich die Folge von Gewitterneigung. Dafür sprachen die großen Wolkenbruchkatastrophen des Vortages in Spanien, Südfrankreich und Sardinien, von denen teilweise ausdrücklich Gewitter gemeldet war. Dafür sprach ferner die Luftdruckverteilung an dem Unglücksmorgen. Sie ließ in den Längen Westdeutschlands ausgeprägte „Gewitter-Rinnen" erkennen, die von dem Tiefgebiete der fälligen Störung, im hohen Nordwesten, ausstrahlte. Dafür sprach vor allem auch der mir zugegangene briefliche Bericht des mit meiner Anstalt seit Jahren zusammenarbeitenden Leiters der Städtischen Sternwarte in Ludwigshafen, von Gewittern, die am 20./21. September in Baden auftraten. Derselbe Bericht enthielt eine Mitteilung, die, gegenüber dem über der Ursache der Explosion noch lastenden Dunkel, mir überaus wichtig erscheint. Arbeiter wollen kurz vor der ersten Explosion über Silos, Gasometern und anderen hohen Baulichkeiten Oppaus in dem heraufdämmernden Morgengrauen einen lichten Schein gesehen haben. Der erwähnte Berichterstatter, Herr Stadtverordneter F. Schön, vermutet da sehr richtig auf Elmsfeuer. Und dieser Zusammenhang gibt den Schluß an die Hand, daß die erste Ursache des Unglücks eine elektrische Entladung war. Eine solche kann auch von außen unbemerkt erfolgen, besonders wenn ihr Eindruck durch spätere, gewaltigere Eindrücke übertönt wird. Auch konnten unter dem Einfluß starker elektrischer Spannung vorbereitende Umsetzungen der lagernden Chemikalien eingetreten sein.

— **Schnelles Wachstum von Pflanzen.** Von einem überklugen Menschen sagt man, daß er die Flöhe husten hört und das Gras wachsen sieht. Und doch gibt es in tropischen Ländern, z. B. auf Java, Pflanzen, deren Wachstumsfortschritte man mit dem bloßen Auge verfolgen kann. Das am raschesten fortschreitende Gewächs soll das Bambusrohr sein. In Hinterindien hat man festgestellt, daß das Bambusrohr in einem Monat zu der sehr beträchtlichen Höhe von 22 Metern aufschießt. Bei uns ist das schnelle Strecken der Feuerbohne schon oft erwähnt worden; über Nacht wächst sie mehrere Zentimeter. Forscher haben gefunden, daß die Zellenentwicklung gewisser Pflanzen mit einer Geschwindigkeit vor sich geht, die für uns nicht recht faßbar ist. So kennt man einen mehr als türbisgroßen Pilz Bovista gigantea, der 25 Pfund schwer wird und so rasch wächst, daß er in der Stunde durchschnittlich 20 000 Zellen bildet. Da die Stunde 3600 Sekunden hat, bildet dieser Riesenpilz mit jedem Pendelschlag 5½ Zellen aus — gewiß keine Kleinigkeit.

— **Neues vom Mond.** Nach einer Meldung aus Neuyork hat der Astronom Pickering von der Harward-Universität folgende Beobachtungen gemacht, die ihm das Vorhandensein von Lebewesen auf dem Monde zu beweisen scheinen. Er hat erklärt, man sehe sozusagen eine lebende Welt, eine Welt, die von den Astronomen bisher sehr vernachlässigt worden sei. Pickering, einer der ersten Astronomen auf dem Gebiete der Mond- und Marsforschung, kann allerdings noch nicht sagen, ob es sich um menschliches oder intellektuelles Leben überhaupt handelt. Er hat aus Kraterphotographien die Ueberzeugung gewonnen, daß menschenähnliche Gebilde mit ungeheurer Schnelligkeit erscheinen und nach längstens 11 Tagen ihre volle Entwicklung erreichen. (Na! Na!!) Seine Aufnahmen zeigen auch das Auftreten von Schneestürmen und Vulkanausbrüchen. Die Stürme würden das Vorhandensein einer Atmosphäre auf dem Monde beweisen.

— **Deutschlands ältestes Haus** steht im badischen Städtchen Pfullendorf. Es stammt aus dem Jahre 1178. Die Gemeinde der Stadt hat in ihm ein Museum errichtet.

— **Die Liebes-Odyssee des Königs von Siam.** Wenn die Geschichte einmal nichts anderes von dem Leben und den Taten des gegenwärtigen Königs von Siam zu bringen weiß, so wird sie doch in jedem Falle viel über seine ehelichen Angelegenheiten vermelden. Der König Wajirawoudh hatte schon durch seine Absicht, sich in Widerspruch zu der Vielweiberei-Tradition seines Hauses mit einer Frau zu begnügen, von sich reden gemacht. Zur Gattin erwählte er sich seine schöne Kusine, die in Europa erzogene Prinzessin Vallatha. Er scheint aber keinen glücklichen Griff getan zu haben, denn schon wenige Monate nach diesem Entschluß gab der König seinen Untertanen bekannt, daß aus der geplanten Heirat nichts werden könne, da das Temperament seiner Erkorenen zu dem seinen nicht passe. Es verlautet, daß die Prinzessin an nervösen Störungen leidet, die eine Verbindung nicht erwünscht scheinen lassen. Der König hat jetzt verkündet, daß er demnächst eine jüngere Schwester seiner Verlobten heiraten wird, die nicht in Europa erzogen wurde, und von der man deshalb erwarten darf, daß ihr Nervensystem in Ordnung ist.

— **Merkwürdige Familiennamen** in alter Zeit. Im sächsischen Staatsarchiv befindet sich eine von einem Archivdirektor angelegte Sammlung merkwürdiger Familiennamen, die in Sachsen in früheren Jahrhunderten vorkamen und die oft recht derber Art waren. Man höre: Jakobus Bierbauch, Ratsmeister (1521); Joachim Bernegroß, Rassherr; Klaus Hasenkerl (1533); Georg Eierkuchen, Jakob Hundebitz, Kurfürstlicher Rat in Dresden (1699); Hans Juwisch, Baumeister, Hans Kather in Weißenfels (1518); Christoph Kitzkatz in Nebra (1544); Dietrich Küchenschwein in Halle (1740); Hans Narre in Goethe (1566); Velten Ochsenkopf in Sangerhausen (1611); Jacob Blaseholz, Herbert Plättreisen (1567); Lorenz Schweinigel in Weißenfels (1561); Hans Schensal (1494); Hans Schweinefleisch (1511); Hans Schweinerüssel (1508); Lorenz Sautrog in Weißenfels (1556); Jacob Schafkopp in Halle, Ratsmann (1482); Mathes Unflat (1565) usw.

— **Wer war größer, Schiller oder Goethe?** Schiller maß, wie Waltrich in einer Biographie mitteilt, bei seiner Entlassung aus der Militär-Akademie im Jahre 1780 genau 6 Fuß 3 Zoll. Doch darf man nicht vergessen, meint Waltrich, daß der württembergische Fuß kleiner ist als der rheinische, der bayerische und der Pariser Fuß; 6 Fuß 3 Zoll sind 1,79 Meter. Goethes Körperlänge wurde von Christian Daniel Rauch, dem großen Bildhauer, im Juni 1824, anläßlich eines Besuches in Weimar, gemessen. Rauch notierte 6 Fuß 1⅔ Zoll weimarisch Maß, also 174 Zentimeter. Goethe stand damals im 75. Lebensjahre, und Rauch fand ihn „geistig lebendig, heiter, in fast ununterbrochener, ausdauernder Tätigkeit, körperlich wohl, in bewunderswürdiger, gerader Haltung des Körpers, beweglich, das Auge lebendiger im Ausdruck als drei Jahre früher, wo ich ihn zuletzt gesehen, die Farbe des Gesichts fast jugendlich blühend „gerötet"! Schiller war also im 21. Lebensjahre um 5 Zentimeter größer als Goethe im 75. Später galt Schiller als der größte Mann Weimars, doch wird man Waltrich zustimmen müssen, daß er nach dem 21. Lebensjahre noch gewachsen ist. Andererseits mag auch die körperliche Größe Goethes im Greisenalter abgenommen haben, so daß der Unterschied in der Körperlänge beider zeitweise noch mehr betrug als 5 Zentimeter.

— **Das Hühnerauge.** Ein Quälgeist der Menschen und mit Recht gefürchtet ist das „Hühnerauge". Woher stammt das eigenartige Wort? Vom „Auge der Hühner"? Trotz der naheliegenden Aehnlichkeit des Leichdorns mit dem Auge des Huhns ist die landläufige Kombination vom „Hühnerauge" und „Auge des Huhns" falsch. Das „Hühnerauge" stammt von dem altdeutschen Ausdruck „hörnin ouge", „hörnernes Auge" als Bezeichnung für die Stelle, an welcher irgendein anhaltender Druck die Haut hornähnlich werden läßt. Im Laufe der Zeiten verschwand der altdeutsche Redebrauch, man taufte willkürlich „Hörner-Auge" in „Hühner-Auge" um.

— **„Maulaffen feilhalten".** Der „Maulaffe" hat mit einem Affen nichts zu tun. Der Ausdruck beruht vielmehr auf einer fehlerhaften Uebersetzung einer niederdeutschen Redensart ins Hochdeutsche. Da heißt es nämlich: „He hält Mulapen", d. h. er hält das Maul offen. Da „Apen" niederdeutsch auch Affen bedeutet, so war der Irrtum erklärlich. Ein Maulaffe hat also mit dem Tier nichts zu tun, sondern es ist nur einer, der immer das Maul aufsperrt, wie schon Luther richtig erklärte: „Einen, der das Maul aufsperrt, den wir auf deutsch einen Maulaffen halten."

— **Eine einträgliche Ohrfeige.** Zu den Geschichten, die wahr sein könnten, gehört folgende: Kurz vor dem Ausbruch des Krieges hatte ein Wiener Kaufmann Streit mit einem Schweizer Zollbeamten. Er ließ sich dazu hinreißen, dem Beamten eine Ohrfeige zu verabreichen. Diese Ohrfeige brachte ihm jetzt ein schönes Stück Geld ein. Er mußte damals 1000 Franken Kaution hinterlegen, um abreisen zu können. Vor einiger Zeit entschloß er sich dazu, sich dem Schweizer Gericht zu stellen, und er wurde zu fünfzig Franken Buße verurteilt. Nach Abzug der Reisekosten und der übrigen Ausgaben blieben ihm 150 000 Kronen übrig.

„Was ist das für ein Bild?“ fragte er.

„Eines von denen, über die wir gestern sprachen.“

„Wie kommen Sie zu dem Bilde?“ wollte er wissen.

„Gefällt es Ihnen?“ entgegnete das Fräulein.

Noch einmal betrachtete Gumpert prüfend das Bild.

„Kein Zweifel“, murmelte er, „es stammt aus Onkels Nachlaß.“

Das Fräulein wurde ängstlich.

„Was sagen Sie da? Ist das Bild denn irgendwo gestohlen? Ich kann nichts dafür, ein Freund hat es mir dieser Tage geschenkt, und noch einige kleine dazu.

Sie öffnete eine Schublade und reichte Gumpert einige Blätter hin, der daran auf den ersten Blick Radierungen seines verstorbenen Onkels erkannte, die Lisa bei ihrer Flucht mitgenommen haben mußte.

„Als Geschenk haben Sie die erhalten?“

Eine fieberhafte Aufregung bemächtigte sich Gumperts, nervös schritt er im Zimmer auf und ab und fragte das Fräulein immer wieder, von wem es die Bilder erhalten. Doch ihre Auskünfte waren unbefriedigend, denn sie wußte nur, daß es ein Italiener gewesen.

„Ich muß die Bilder haben“, äußerte er schließlich.

„Aber warum denn so aufgeregt dabei?“ wollte das Mädchen wissen. „Sind sie etwa so wertvoll?“ Mit einem lauernden Blick sah sie Gumpert an.

„Das nicht“, entgegnete Gumpert, „aber als Andenken an einen Verstorbenen möchte ich sie in Besitz nehmen. — Was wollen Sie dafür haben?“

„Mir gefallen sie auch“, antwortete jetzt zögernd das Fräulein.

Gumpert überlegte. Die Kleine wollte offenbar einen recht hohen Preis herausschlagen.

„Wenn ich Ihnen sage, daß die Bilder gestohlen sind“, wandte er sich scharf an die jetzige Besitzerin.

Sie schrie leicht auf. Offenbar fürchtete sie einen Zusammenstoß mit der Polizei.

„Wenn Sie denn durchaus wollen“, sagte sie dann und nannte eine Summe. Gumpert zahlte, nahm die Bilder an sich und verabschiedete sich.

Als er wieder auf der Straße war, jubelte er innerlich auf; die Spur von Lisa war gefunden. Aber wie kamen die Bilder in den Besitz jener Dame? Ein Italiener sollte sie ihr geschenkt haben? Wo diesen Italiener finden?

Während Gumpert durch die Straßen schritt und sein Gehirn zermarterte, ohne doch einen neuen Anhaltspunkt zu finden, kam ihm eine Polizeipatrouille entgegen. Im Vorüberschreiten vernahm er, wie einer der Beamten sagte: „Den Italiener haben sie am Hafen ermordet.“

Gumpert horchte auf. „Den Italiener ermordet? — Sollte es derselbe Italiener sein, der die Bilder verschenkt hatte?“ Er beschloß, sich Gewißheit zu verschaffen.

* * *

Die ganze Stadt war in Aufregung. Im Hafengelände, in einem Baggerloch, hatte man die Leiche des Italieners Candido gefunden. Seine Wächterbude war durchwühlt, unter dem Feldbett ein meterliefes Loch gegraben. Ueber die Täter aber und das Motiv breitete sich tiefes Dunkel, und trotz eifrigster Nachforschungen war nicht die geringste Spur zu entdecken gewesen.

Eine neugierige Menge strömte zur Mordstelle hinaus, und auch Egon Gumpert schloß sich dem Zuge, in dem Gedanken, dort etwas näheres über den Italiener zu erfahren, an. Der Tatort war durch eine Schutzmannskette abgesperrt. Die Neugierigen ergingen sich in den gewagtesten Vermutungen. Gumpert erfuhr nur, daß der Ermordete ein armer Baustellenwärter gewesen. Der konnte also „sein Italiener“ nicht sein, und er beschloß, seine Nachforschungen in der Stadt fortzusetzen.



Trotzki bei einer Parade der roten Armee in Moskau (s. Text)

7. Kapitel.

„In Mordsache Candido! Jener fremde Herr, der sich am Tage nach dem Morde bei einem den Tatort absperrenden Polizeibeamten nach dem Ermordeten erkundigte, wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei zu melden.“ So lautete eine Bekanntmachung, die wenige Tage darauf in allen Zeitungen erschien.

Egon Gumpert, der immer noch keine Spur von Lisa hatte entdecken können, hatte einen Gang durch die Straßen getan. Er langweilte sich, denn die Stadt bot wenig Abwechselung. Er trat in ein Café, um dort wenigstens für einige Stunden Zerstreuung zu suchen. Es war noch früh, und das Lokal nur schwach besetzt. Gumpert nahm in einer Palmenecke Platz und ließ sich einige Zeitungen geben.

Natürlich nahmen die ausführlichen Berichte über den unaufgeklärten Mord den breitesten Raum ein. Vermutungen über den mutmaßlichen Täter und deren Motive waren angeführt.

Gumpert überflog die Zeilen. Da stand in Fettschrift auch die Bekanntmachung der Polizeiverwaltung.

„Aha, der fremde Herr bin ich natürlich.“ Er überlegte, ob er der Aufforderung folgen sollte. „Was geht's mich an, daß da ein Wächter ermordet ist“, dachte er, „die Geschichte würde mir nur Unannehmlichkeiten und unnötigen Aufenthalt bringen.“ Doch dann fiel ihm ein, daß er bei der Gelegenheit ja vielleicht auch etwas über Lisas mutmaßlichen Aufenthalt erfahren könnte, und er beschloß, dem Kriminalkommissar am nächsten Tage einen Besuch abzustatten.

Nach der anstrengenden Arbeit des Nachdenkens lehnte er sich in den Sessel zurück, blies behaglich den Rauch einer Zigarette von sich und lauschte den Klängen des kleinen Orchesters. Da wurde seine Aufmerksamkeit durch eine im Flüstertone hinter seinem Rücken geführte Unterhaltung erregt.

„Die Fremde ist spurlos verschwunden“, vernahm er eine Männerstimme. „Sie ist die einzige Erbin des berühmten Malers gewesen.“

„Wir müssen sobald wie möglich nach Holland Nachricht geben“, äußerte eine zweite Stimme. „Es ist nur gut, daß wir den Funker noch erhielten. Hast du den Apparat montiert?“

„Alles besorgt!“ ließ sich die erste Stimme wieder vernehmen, „und ich habe mir schon einen kleinen Scherz damit erlaubt, um unsere Freunde hinters Licht zu führen.“

Gumpert verhielt sich mäuschenstill, um sich kein Wort entgehen zu lassen. Denn nach dem Gehörten konnte es sich nur um Lisa und die Bilder handeln.

Er wandte den Kopf und schielte durch die Palmen zu den hinter ihm Sitzenden. Es waren zwei gutgekleidete Männer, die da bei einer Flasche Rheinwein saßen und sich jetzt still anlächelten.

Der Lauscher beschloß, sie im Auge zu behalten, um mit oder gegen ihren Willen etwas über Lisas Verbleib zu erfahren. Als sie nach kurzer Zeit das Lokal verließen, folgte er schnell und sah, auf die Straße tretend, wie sie um die nächste Ecke bogen. Unauffällig folgte Gumpert ihnen durch mehrere Straßen, bis sie in einem entlegenen Hause verschwanden. Er wartete eine Weile. Da sah er in einem Dachfenster für kurze Zeit ein Licht aufblitzen, das er mit der erlauschten Unterhaltung über den Funkapparat in Verbindung brachte. Für einen Augenblick kam ihm der Gedanke, seine Wahrnehmung über das geheimnisvolle Treiben der Unbekannten dem Kriminalkommissar mitzuteilen. Doch bald verwarf er dies wieder. „Was ging ihn das Geheimnis der Fremden an, von denen er ja etwas über Lisa zu erfahren hoffte.“ Er merkte sich für alle Fälle das Haus und begab sich, befriedigt und doch fiebernd vor Erregung zur Stadt und in sein Hotel zurück.

* * *

(Fortsetzung folgt.)

Otto v. Gierke.

Am 10. d. Mts., abends, ist Otto v. Gierke in Berlin gestorben. Einer der bedeutendsten deutschen Juristen ist mit ihm dahingegangen. Zu seinen großen Werken gehört vor allem sein Genossenschaftsrecht in vier Bänden. Der erste, „Die Rechtsgeschichte der deutschen Genossenschaft“ (1868), stellt die historische Entwicklung dar, in dem zweiten, „Geschichte des deutschen Körperschaftsbegriffs“ (1873), wird der Begriff der Genossenschaft untersucht, in dem dritten Band wird „Die Staats- und Korporationslehre des Altertums und Mittelalters und ihre Aufnahme in Deutschland“ (1881) behandelt, und endlich zog Gierke im Jahre 1887 in einem Band die Genossenschaftstheorie und die deutsche Rechtsprechung die Nutzanwendung aus den früheren Forschungen. In seiner 1889 erschienenen Schrift: Der Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches und das deutsche Recht, trat er mit Erfolg für deutschen Geist in dem deutschen Gesetzbuch ein. Auch an dem neuen Handelsgesetzbuch hat Gierke maßgebend mitgewirkt. In seinem deutschen Privatrecht hat er dann das fertige Werk verarbeitet. Neben dieser großen schriftstellerischen Arbeit war er aber noch führend tätig im Deutschen Juristentag, im Verein für Sozialpolitik, dessen Vorsitzender er war, und in mancher andern Form des öffentlichen Lebens. Otto v. Gierke ist 81 Jahre alt geworden. Geboren zu Stettin, promovierte er 1860 in Berlin und habilitierte sich dort im Jahre 1837 als Privatdozent. Von 1887 an hat er lange Jahre hindurch an der Berliner Universität als Lehrer des deutschen Privat- und Staatsrechts gewirkt. Zahlreiche Ehren und Auszeichnungen wurden ihm aus Anlaß seiner verschiedenen Jubiläen zuteil. Von dem hohen Ansehen, das Gierkes Name der deutschen Wissenschaft erwarb, zeugen auch die zahlreichen Ehrungen, die ihm das Ausland erwies. Unzählige Juristen in deutschen Landen werden sich des gütigen, an Geist wie Körper gleich großen Lehrers stets dankbar erinnern.

Deutscher Auswanderer! Achtung!

Einen sehr beachtenswerten Aufruf, der weitester Verbreitung wert ist, richtet der Evangelische Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer (E. V.), Witzenhausen, Bez. Kassel, an alle Auswanderungslustigen:

Du willst Heimat und Freundschaft verlassen, um im fernen Land ein neues Heim zu suchen. Viel ist's, was Du hinter Dir läßt, noch mehr, was Du aufs Spiel setzt. Die Freiheit im Urwald und Grassteppe bringt manche Entbehrung mit sich. Was auch die Ursache Deiner Auswanderung sei, noch bevor Du alle Brücken hinter Dir abbrichst, laß Dich zunächst fragen:

1. Ist Dir bekannt, daß schon hunderttausende tüchtiger Deutscher den Schritt der Auswanderung, in einer augenblicklichen Notlage getan, schwer haben bereuen müssen und elend zu Grunde gegangen sind, weil sie sich einseitig beraten oder gar durch gewissenlose Menschen in fremde Länder locken ließen?
2. Ist Dir bekannt, daß zurzeit in fast allen überseeischen Ländern die Deutschen in Verruf erklärt und selbständigen deutschen Geschäftsunternehmungen die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden, daß auch unter neutralen Regierungen die zusammengewürfelte Bevölkerung gegen alles Deutsche planmäßig aufgehetzt wurde?
3. Ist Dir bekannt, daß schwere körperliche Arbeit für den Deutschen in vielen Gebieten der Erde schon aus klimatischen Gründen unmöglich ist, andererseits daß die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt gerade im Ausland außerordentlich schwierig sind, bei gleichzeitig meist sehr hohen Kosten für den Lebensunterhalt?
4. Ist Dir bekannt, daß Du im Ausland Dein und Deiner Kinder Deutschtum und Glauben nur erhalten kannst in einer Gegend, wo Du an deutschen Landsleuten, an einer deutsch-evangelischen Kirche und Schule einen festen Rückhalt hast?
5. Ist Dir bekannt, daß im Ausland niemand so leicht der Aussaugung durch gewissenlose Elemente anheim fällt, wie der hilflose Auswanderer, der die fremde Landessprache nicht versteht?
6. Ist Dir bekannt, daß alle diejenigen, welche von fremden Regierungen oder Werbern sich die Ueberfahrt bezahlen lassen, in der Regel sich ihrer Freiheit begeben, daß sie schon das Ziel ihrer Auswanderung nicht frei sich wählen dürfen, und Gefahr laufen, in ein Klima und in Arbeitsverhältnisse verschleppt zu werden, in denen sie zu Grunde gehn?
7. Ist Dir bewußt, mit welchen Nachteilen der Besitz von Haus und Hof da draußen bei oft schlechtesten Verkehrsverhältnissen und unter feindlicher Umgebung und undeutscher Staatsleitung verkauft werden muß? Nirgends vermagst Du so am Wiederaufbau deines Vaterlandes mitzuwirken, wie daheim.
8. Sollte Deine Auswanderung nicht zu umgehen sein, so versäume nicht, vorher unsere Auskunftsstelle um Rat zu fragen und mit dem Evangel. Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer Fühlung zu nehmen, der Dir jederzeit geeignete Literatur, gegebenenfalls eine Geleitskarte an seine zahlreichen Vertrauensmänner mitgeben kann und Dir in jeder Lage zu helfen und zu raten bereit ist.

*

Eine Stimme aus Neuguinea über Neuguinea.

(D. A. Z.) Die von Henry Steadi herausgegebene Zeitschrift „Steads Review“ bringt in ihren Juniheften unter der Ueberschrift „Mißwirtschaft in Neuguinea“ einige bemerkenswerte Ausführungen über das ehemals deutsche Gebiet in Neuguinea, denen wir folgendes entnehmen: Stead schreibt, daß Reisende, die diese Gegenden kürzlich besuchten, mehr und mehr bestätigten, daß die außerordentlich wertvollen Pflanzungen unter der Hand unerfahrener Männer rasch verfallen würden und daß die allgemeine Verwaltung sehr viel zu wünschen übrig ließe. Als seinerzeit die Verwaltungsbeamten ernannt worden seien, wäre darauf hingewiesen worden, daß die Mehrzahl derselben ohne alle Erfahrung in der Behandlung von und im Umgang mit Eingeborenen, wie in der Verwaltung von Tropengebieten sei und daß die wenigsten Kenntnisse von der Organisation privater und rechtlicher Verhältnisse besäßen. Daher wären Unannehmlichkeiten unausbleiblich und seien auch, wie Augenschein zeige, schon vorhanden. Das Unangenehme an der ganzen Sache sei, daß die Kolonie den Deutschen genommen worden sei, nicht, weil die Engländer, d. h. die Australier, sie mit überlegenen Kräften erobert hätten, sondern weil angeblich die Deutschen die Eingeborenen nicht richtig behandelt und das Land nicht so verwaltet hätten, wie sie sollten. Nun, da die Australier es übernommen hätten, erwartete man natürlich, daß sie es weit besser machen würden, zumal sie dem Völkerbund gegenüber verpflichtet seien, über ihre Verwaltung eingehend Rechenschaft zu geben. Alle, die Neuguinea besucht hätten, gäben offen zu, daß die australische Verwaltung in keiner Weise an die deutsche heranreiche, und nur wenige Reisende könnten etwas zugunsten der Unternehmer und Verwalter bezüglich ihrer Behandlung der Eingeborenen vorbringen.

„Wir hätten,“ so schreibt Stead, „mit den deutschen Siedlern ein Abkommen treffen müssen, daß sie im Lande blieben und die Pflanzungen weiter besorgten. Statt dessen haben wir sie in unserer Beutegier vertrieben und haben als unmittelbares Ergebnis statt einer Hinterlassenschaft eine große Verantwortung auf uns geladen. Für diejenigen, die hoffen, schließlich die Plantagen von der Regierung kaufen zu können, ist es ja von Vorteil, wenn sie im Werke fallen; aber vom „Commonwealth-Standpunkte“ aus ist die gegenwärtige Politik geradezu selbstmörderisch und schlecht. Der Völkerbund, der freilich augenblicklich mehr einen Bund der Alliierten darstellt, wird natürlich sehr nachgiebig sein. Es wird aber trotzdem schwer halten, eine solche parteiische Körperschaft davon zu überzeugen, daß die Zustände in Neuguinea sich gebessert haben, seit die australische Verwaltung die deutsche verdrängte.“ —

Ueber die Frage der Ausweisung der deutschen Missionare, die schon vor längerer Zeit zur Ausführung kommen sollte, dann aber wieder aufgehoben wurde, schreibt Stead: „Der Vorschlag der Ausweisung der deutschen Missionare aus Neuguinea war Gegenstand langer Verhandlungen zwischen der Regierung, den deutschen Kirchen und den Missionsgesellschaften Australiens. Ehe Mister Hughes nach England reiste, hatte er für einen allmählichen Ersatz der deutschen Missionare durch solche gleichen Glaubens, aber britischer oder amerikanischer Staatsangehörigkeit, gestimmt, der sich bis 1925 vollzogen haben sollte. Diese Zeit sollte genügen, um die neuen Missionare einzuarbeiten und die gegenwärtige Arbeit wirksam weiterzuführen. Kürzlich schlug nun die Regierung vor, die Frist von 4 Jahren auf 2 herabzusetzen, ließ dann aber diese Absicht wieder fallen, da sowohl die deutschen wie die australischen Missionsgesellschaften dagegen stimmten. Der Rat der vereinigten Missionen, welcher die australischen protestantischen Körperschaften vertrat, beschloß, bei seiner Zusammenkunft in Melbourne, die Regierung um Wiederaufnahme der Verhandlungen zu ersuchen. Er brachte den Wunsch zum Ausdruck, den deutschen Missionaren zu gestatten, auch fernerhin auf den Inseln bleiben zu können unter der Bedingung, nichts zu unternehmen, was der australischen Regierung irgend welche Unannehmlichkeiten bereiten könnte. Jeder, der in der Kirche die Führerin der Versöhnung sieht, wird ob dieses tapferen Vorgehens des Rates der vereinigten Missionen hocherfreut sein.“

*

Planmäßige Sinnesübung der Kinder.

Wenn das erste Kind im Bettchen liegt, dann ist es für die glücklichen Eltern zumeist der Mittelpunkt ihres Interesses. Jede geringste Wahrnehmung seines erwachenden oder zunehmenden Intellektes, berichten beide sich gegenseitig und sind Verwandte, namentlich zärtliche Großmütter in der Nähe, die sich öfter nach dem Befinden des Kindes erkundigen, ja dieses oft direkt überwachen, dann können diese über das erste „Lächeln“, das doch so oft nur trügender Schein ist, ebenso wie die Eltern, in wahren Jubel ausbrechen. „Das Kleine kennt mich schon, es hat gelächelt, als ich ans Bettchen trat.“ Wieviel Stolz, wieviel mütterliche oder großmütterliche Freude offenbart sich in diesen so oft schon gehörtem Wort. Das ist ja aber auch ganz natürlich. Zeigt es doch der davon beglückten Mutter oder Großmutter, daß die Sinnestätigkeit ihres Kindes von Tag zu Tag zunimmt, es sich also normal zu entwickeln verspricht.

Diese naturgemäße Entwicklung wird aber von vielen Müttern allzu kräftig unterstützt. Sie beschäftigen sich zuviel mit dem Kinde, um sich immer wieder von Neuem an dessen erwachender Sinnestätigkeit zu erfreuen. Mit Recht schreibt aber Dr. Johannes Prüfer, der Vorsitzende der „Deutschen Gesellschaft zur Förderung häuslicher Erziehung“ in seinen „Erziehungsbriefen an Eltern“: „Ich möchte Euch trotzdem vor planmäßiger Uebung der Sinne, wenigstens auf dieser frühen Stufe warnen und zwar deshalb, weil Ihr dadurch Euer Kind leicht überanstrengen und daher überreizen könnt. Das kindliche Gehirn verträgt noch keine Ueberanstrengung, es ermüdet noch außerordentlich leicht. Deshalb muß die Initiative, Formen, Farben und Töne zu erfassen, beim Kinde selbst sein.“ Natürlich sollen nun nicht die Eltern das Kind in dieser Beziehung sich völlig selbst überlassen, sondern im Gegenteil dafür Sorge tragen, daß die ersten Eindrücke, die es empfängt, bester Art sind. Reine Farben, schöne Bilder, der blaue Himmel, sollen ihm vor Augen geführt, sein Ohr öfter durch Gesang sachlicher, einfacher Liedchen „erfreut“ werden. Am Klang der Stimme, ja an der Tonlage der Eltern lernt das kleinste Kind schon bald Ernst oder Scherz des Sprechenden erkennen, wie sich die Eltern selbst überzeugen können. Aber jedes allzuviel an Sinneseindrücken, jedes zu anhaltende Ueben mittels ist durchaus zu verwerfen, um dieses nicht von frühester Jugend an schon zu überreizen. So verwirft Dr. Prüfer auch aus diesem Grunde das Anoringen von beweglichem Spielzeug vor den Augen des Kindes über der Wiege oder am Wagenverdeck, das ja zur Beruhigung allzu lebhafter Kinder so oft geschieht. Immer müssen die Erzieher bei all ihrem Tun erwägen, ob ihre Maßnahmen auch zum Schaden oder Nutzen ihres Lieblings in körperlicher oder seelischer Hinsicht werden können.

S.

*